

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, frühestens Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Sonntag den 17. Januar 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 15. Januar 1904.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (N.) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation.

Sächsischer Ministerialdirektor Boerner bestreitet, daß in dem Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen die „Leipziger Volkszeitung“ die Vernehmung einer großen Anzahl Personen, die bei der Herstellung und dem Vertrieb der Zeitung beteiligt waren, durch den Untersuchungsrichter zu den Fällen des Zeugnisswangsverfahrens zu rechnen sei. Ueber die Zweckmäßigkeit der Maßnahme könne man ja verschiedener Meinung sein. (Lärm bei den Soz.: Der Zeugnisswang ist angedroht worden!) In den Akten steht nichts darüber. Es ist nicht die Art unserer Richter, Dinge anzudrohen und dann nicht auszuführen. (Lachen bei den Soz.)

Roeren (B.): Wir stehen auf dem Boden der Interpellation, ohne in jeder Hinsicht der Meinung des Interpellanten zu sein. Wir wünschen die Gärten des Zeugnisswangs befreit und sind mit einem größeren Schutz des Redaktionsgeheimnisses einverstanden, wenn wir es auch nicht auf eine Stufe mit dem Arzt- oder Weichtgeheimnis stellen. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß es Fälle geben kann, in denen das öffentliche Interesse im höchsten Maße daran beteiligt ist, daß der Verfasser eines Artikels festgestellt wird, z. B. wenn aus ihm seine Mitwisserschaft um ein gemeingefährliches Komplott hervorgeht. Ich bin mit dem Staatssekretär der Ansicht, daß die Angelegenheit am besten erst im Zusammenhang mit der Revision der ganzen Strafprozeßordnung erledigt wird.

Seine (B.): Die vom Staatssekretär verheißenen Erwägungen des Reichskanzlers schieben die Angelegenheit von Neuem auf die lange Bank. Herr Abg. Träger, der vor 30 Jahren den Kampf gegen den Zeugnisswang in diesem Hause begonnen hat, ist darüber grau geworden und wird noch weiter 30 Jahre diesem Hause angehören müssen. (Erneute Heiterkeit.) Herr Roeren meinte, man könne die Sache nur in Verbindung mit dem Strafprozeß, dem Gerichtsverfassungs- und dem Strafgesetz regeln. Aber wenn man warten will, bis dies alles auf einen Schlag geändert wird, so wird man ewig warten müssen. Der Staatssekretär meinte, die Sache sei nicht so wichtig und trug eine Statistik vor, wonach es nur sehr wenig Fälle waren, allein die bloße theoretische Möglichkeit muß eine Befreiung dieses Mißbrauches herbeiführen. Mag die Statistik richtig sein oder nicht, der Herr Staatssekretär hat die unzähligen Fälle übersehen, wo das Zeugnisswangsverfahren angedroht wurde und sich die Bedrohten dem abentheuerlichen Zwange beugen mußten. In dem Leipziger Falle wurden Redakteure, Expedienten, Druckereipersonal — ich glaube sogar die Scheuerfrauen, aber das weiß ich nicht — (große Heiterkeit) mittels amtlichen Formulare unter Androhung des gesetzlichen Zeugnisswangs vorgeladen und wenn dieser nicht zur Anwendung kam, so hat das keinen Grund darin, daß sie alle mit gutem Gewissen sagen konnten, sie wüßten von der ganzen Sache nichts. Das Ansehen der Presse wird freilich durch solche Enttarnungen nicht geschädigt, sondern nur gestärkt. Diejenigen Fälle, die am meisten interessieren, sind jene, wo ein Straf- oder Disziplinarverfahren gegen Unbekannt eingeleitet wird, wie im Falle des „Bormäris“-Redakteurs Rehbein. Der „Bormäris“ ließ da einen Brief, der abscheuliche Mißstände bei einer Kompagnie ausbeutet, in Erinnerung einer Mahnung vom Ministerliche der Militärbehörde zwecks Einleitung eines Verfahrens zugehen. Das Verfahren führte zu keinem Ergebnis, aber Herr Rehbein wird verhaftet, weil er sich als Zeuge gemeldet hat, der den Schreiber des Briefes zu nennen. Selbst freikämpfer und konservative Zeitungen haben dieses Verfahren gemißbilligt. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß man gar nicht den ermitteln wollte, der die Mißhandlungen begangen hat, sondern man wollte nur den Soldaten feststellen, der dem Berichtler Rehbein Mitteilung gemacht hatte. Was das heißt, wissen wir ja z. B. aus dem Feibelberger Artikel. Der Redakteur, der jemanden der Militärjustiz auslieferte, wäre ein elender Dube. So wenig ich jemanden wilden Tieren vorwerfe, so wenig überliefere ich ihn der Militärjustiz. (Unruhe rechts.) Sehr richtig! h. d. Sozialdemokraten.) Auch in den Disziplinaruntersuchungen wider Unbekannt leisten die Gerichte Rechtshilfe und verhängen über Redakteure die Zeugnisswangshaft, was nach der fast unbestrittenen Ansicht des Reichsgerichts gesetzwidrig ist. Aber selbst Landräte nehmen sich heraus, die Gerichte um Vernehmung von Zeugen zu ersuchen und fügen gleich hinzu: Wenn er nicht ausfragt, nehmen Sie ihn in Zwangshaft. Der „Bormäris“ veröffentlichte einmal den Erlaß eines Landrats über die Art, wie man die politische Gefangenen der Rekruten ausknüffeln sollte. Trotzdem man dem Auslieferer der betreffenden Notiz in einem Beamten kannte, der inzwischen aus dem Dienste geschieden war, eröffnete man das Disziplinarverfahren wider Unbekannt, nur um den Redakteur durch Zeugnisswangsverfahren für die Veröffentlichung der Notiz zu bestrafen. Das ist geradezu eine Expression von Giftmischen. Wenn mit Hilfe eines Gesetzes so gegen den Sinn der Gesetze vorgegangen wird, so muß das Gesetz fallen. Die Presse hat wie schon Reichsgerichtspräsident, so viele privilegia odiosa, daß man ihr den einen Vorteil wohl gönnen kann. Auch

an die Redakteure wendet man sich nur in einer Notlage, bei Leiden der ganzen Nation. Gewiß haben die Staatsbürger die Pflicht der Wahrheit gegen den Staat. Aber warum sucht man den Beamten und Arbeitern das Recht auf religiöse und politische Wahrheit zu rauben? Wenn die Beamten ihre Aussage verweigern dürfen, so ist diese Bestimmung nur im Interesse der Bureaucratie, die sich nicht in ihre Karten legen lassen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Pflicht der Aufrichtigkeit findet ihre Grenze an dem höheren Interesse des Volkes, daß das Vertrauen nicht getäuscht wird. Sehr interessant ist, daß die nationalliberale Partei die Interpellation eingebracht hat, die durch ihren Umfall bei Beratung der Preß- und Justizgesetze den heutigen Zustand verschuldet hat. Der Abg. Kasper hat sich für den Zeugnisswang förmlich begeistert. Der Hauptschuldige an dem Umfall der Nationalliberalen, Dr. v. Marquardsen, der sich i. B. in einer Interessentenversammlung verteidigen mußte wegen der Aufrechterhaltung des Zeugnisswangs, versicherte damals, die Bestimmungen würden nur dann angewendet werden, wenn es sich um die vitalsten Interessen des Staates handelt. Das ist die Glaubwürdigkeit der Nationalliberalen. Man könnte sich ja freuen, daß die Sünden jetzt Buße tun, aber einer der Unterzeichner der Interpellation will in einem Artikel der „Nationalzeitung“ den Zeugnisswang aufrecht erhalten für alle Fälle von Hochverrat und bei jeder Veröffentlichung von amtlichen Schriftstücken ohne jede Beschränkung, nicht nur bei strafbarer Handlung. (Hört! Hört! bei d. Sozialdemokraten.) In diesen Fällen wird ja auch jetzt der Zeugnisswang angewendet. Die drakonischen Bestimmungen über den Verrat militärischer Geheimnisse und diplomatischer Urkunden reichen vollkommen aus und in anderen Fällen soll veröffentlicht werden. Die Behörden sollen nichts zu verbergen haben. Dinge, die einwandfrei vor der Kritik bestehen können, weiß die Bureaucratie recht gut in die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn einer etwas geleistet hat, dann stehe sicher am nächsten Tage im „Lokalanzeiger“ oder sonst einem hervorragenden Preßorgan. (Heiterkeit.) Dem Tageslichte entzogen aber werden schmutzige Polizeimaßregeln, Schmutzereien, niedrige Handlungen aller Art! (Lärm. Rufe h. d. Soz.) Und da soll man der Geheimnisträmerlei Vorzug leisten? Im Gegenteil, heraus mit der Sprache! Abg. Dr. Jänede wünschte höhere Strafen für Beleidigungen durch die Presse. Die Anwendung der Beleidigungsparagrafen ist ohnehin schon eine Gefahr für die freie Meinungsäußerung geworden, wie das Zeugnisswangsverfahren. Beides sind Rüstzeuge aus der Werkstatt der bürokratischen Tyrannei, um sich jeder Kritik zu entziehen. Meine Partei ist der Meinung, daß der Kampf gegen den Zeugnisswang aussichtslos ist, solange nicht der Kampf siegreich geführt wird gegen seinen inneren Grund, die Volksfeindlichkeit der Bureaucratie als Ganzes. Hier fällt der Mantel nur mit dem Herzog! (Weißl. bei den Soz.)

Es sprechen noch die Abgeordneten Gimborg (N.), Rulersti (Bole), der vom Vizepräsident eine Ordnungsurkunde erhält, weil er die preussischen Gerichte für politisch verurteilt erklärt, Alblach (Fp.), v. Gerlach (Fp.), Staatssekretär Dr. Kieberding, Abg. Dr. Arendt (Np.) und Geheimrat Börner.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Debatte geschlossen.

Nächste Sitzung Montag.

Politische Hundschau.

Deutschland.

Die Subjektmission des Reichstages begann Freitag die Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung. Die Ostmarken-Zulage gab begreiflicherweise Anlaß zu einer ausgedehnten Polemik, in welcher die Redner der Sozialdemokraten, Freikämpfer und des Zentrum und der Polen sich mit Entschiedenheit gegen jede Uebertragung des preussischen Zulagenplans auf die Reichsbeamten erklärten. Es konnte nur die Bewilligung un widerruflicher Stellenzulagen in Frage kommen, wogegen der Staatssekretär Krawatzke ins Feld führte, daß die Widerrefugeit schon aus dem Grunde notwendig sei, weil die Beamten ja auch versetzt werden könnten. Der Staatssekretär verteidigte die Zulage als eine durch die Lage der Dinge im Osten bedingte wirtschaftliche Maßnahme und bestritt, daß sie irgend welchen politischen Charakter haben solle. Demgegenüber suchten die nationalliberalen und freikonserватiven Redner mit der Behauptung Eindruck zu machen, daß der Reichstag seine nationalen Pflichten verletze, wenn er die Zulagen nicht bewilligt. Der freikonservativen Silberapostel Arendt suchte die Ostmarkenzulage mit der Motivierung zu retten, daß sie der Beginn einer allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter sei. Der Abg. Gröber (B) betonte, daß, wenn man wirklich eine Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten beabsichtige, man mit dem teuren Westen und nicht mit dem billigen Osten den Anfang machen solle. Die Zulagen wurden schließlich abgelehnt. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Fabrikarbeiter hat beschlossen: 1. Eine Zentralkasse der Arbeitgeberverbände zu errichten, um sie zur Bekämpfung unberechtigter Bestrebungen der Arbeiter (unbe-

rechtigt ist natürlich in den Augen dieser Scharfmacher jede Forderung der Arbeiter, die den Profit beschneidet. Red.) miteinander in Verbindung zu bringen. 2. Die Mitglieder des Reichstages in einer Eingabe zu bitten, den Gesetzentwurf, betreffend die Kaufmannsgerichte abzu- lehnen. — Die Arbeiter werden gut tun, den gegen sie geplanten Coup durch Verstärkung ihrer Organisationen und strikte Zentralisierung zu parieren.

Ein Opfer des Schneiderturses. Wie das „Kleine Journal“ von gut unterrichteter Seite wissen will, tritt der Chef des Militärkabinetts, General v. Hülse-Häsel in den nächsten Tagen von seiner Stellung zurück. Wie es heißt, sollen Meinungsverschiedenheiten über die in letzter Zeit so viel erörterte Uniformfrage Veranlassung zu diesem überraschenden Rücktritt gegeben haben. Als sein Nachfolger wird Generalmajor Madensen genannt.

Auf der Rautenjagd. Den Posener polnischen Gymnasialisten wurde unter Androhung strenger Strafen der Besuch der jeden Sonntag stattfindenden polnischen populärwissenschaftlichen Vorträge verboten. — Da verbotene Früchte stets am besten schmecken, werden schon Mittel und Wege gefunden werden, dieses bildungsfeindliche Verbot zu umgehen.

Die bayerische Kammer der Reichsräte ging über den, auf sozialdemokratischen Antrag gefassten Beschluß der Zweiten Kammer, daß die an Soldatenmiffhandlungen direkt oder indirekt beteiligten Offiziere und Unteroffiziere aus der Armee entfernt werden sollen, zur Tagesordnung über. Der Kriegsmminister erklärte, die Militärverwaltung werde mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und mit aller Energie den Soldatenmiffhandlungen entgegenwirken.

Aus einer neuen kleinen Garnison. In der Pirnaer Affaire handelt es sich nach dem „Berl. Tgbl.“ um die Gattin des Oberleutnants Krohn, die der Offizier i. B. aus Neigung geheiratet hatte. Sie ist die Tochter des Direktors einer sächsischen Heilanstalt. Der Gatte, der als ausgezeichnete Pistolenkünstler gilt, hat die Ehre seiner häuslichen Ehre vor die Pistole gefordert. Es haben bereits mehrere Duelle im Graupaer Forst stattgefunden, bei denen die Beforderten, junge Leutnants, verwundet wurden. Weitere Zweikämpfe sollen noch bevorstehen. Der ganze Vorgang wird in militärischen Kreisen außerordentlich schwer empfunden, zumal da er sich an dem Orte abspielt, der das Vorbild für den Schauplatz von Beherleins „Sena oder Sedan?“ geliefert hat.

Ein Skandalchen hat sich in Peine angeponnen. Wie Hannoverischen Blättern gemeldet wird, wurden am Freitag auf Antrag der Hildesheimer Staatsanwaltschaft der Redakteur der „Peiner Tagespost“, Hempel, der Redakteur und Berleger des „Peiner Anzeigers“, Otto Hoffmann und ferner der Steinsetzmeister und Bürger- vorsteher Rauch verhaftet, weil sie verdächtig sind, an der Herstellung und Verbreitung einer gegen den Bürgermeister Apelt gerichteten Schmähchrift beteiligt zu sein.

Zur Erhebung der Sereros. Wie „Wolffs Bureau“ erfährt, meldet das letzte Telegramm aus Swalopmund eine Bedrohung Djimbingwes. Auf die Bitte um Unterstützung, die vom Anstiedler Broen von Kubas telegraphisch nach Swalopmund gerichtet wurde, sind 31 un- verheiratete Freiwillige unter dem Leutnant der Reserve Laubschat per Bahn nach Karibib entsandt worden, denen weitere 30 Mann folgen sollen. In Karibib befinden sich auch der Stabsarzt Kuhn, 58 Reservisten und 30 Pferde. Nach dem Eintreffen Laubschats soll von Karibib aus Ent- sach nach Djimbingwes entsandt werden. Ferner werden gemeldet die Ermordung eines Farmers Lange und Gerüchte über die Ermordung anderer Weißen, die zwischen Barmen und Djimbingwe wohnen. In Swalopmund verbleiben 100 waffenfähige Männer. Als Vorsichtsmaßregel sind 500 in und um Swalopmund beschäftigte Sererowarbeiter auf im Hafen liegenden Schiffen isoliert. Weiter wird gemeldet, daß in Omaruru (der Standort der 2. Feldkompagnie) und in Waterberg alles ruhig ist und in letzterem Orte 50 Reservisten versammelt sind. Nach- richtem von der Kolonne Bülow, die nach einer Meldung auf dem Marsche nach Olahandja die Eisenbahnstation Diakke passiert hatte, liegen nicht in Swalopmund vor, ebensowenig Meldungen aus Windhof. Wegen der unter diesen Um- ständen erforderlichen Verstärkungen der deutschen Streitkräfte im Schutzgebiet soll, wie „Wolffs Bureau“ hört, in diesen Tagen der gesetzgebenden Körperschaft eine Vorlage zugehen.

Kleine politische Nachrichten. Für die für den Wahl- kreis Schwesig-Schmalldalen am 1. März statt- findende Reichstags-Wahl haben die Nationalliberalen auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, und es ist ein Kartell der Freikonserwativen und Nationalliberalen zustande gekommen. — Der frühere Reichsgerichtspräsident von Dehl- schäfer ist am Donnerstag in Charlottenburg gestor- ben. — Das Tragen eigener Uniformen und

Seitengemeinde ist laut Befehl des Kommandeurs des dritten bayerischen Infanterie-Regiments in Augsburg den Soldaten verboten worden. Ein sehr vernünftiges Verbot! — Die Strafammer in Reichen in Oberösterreich verurteilte den Gefängnis-Inspektor Victor v. Puttkamer wegen an Gefangenen aufsehender und Lieferantenebengangen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis. — Das Schwurgericht in Rosen verurteilte den Magistratsobersekretär Hennig, welcher 21.000 Mk. bei der städtischen Gasanstalt unterschlagen hatte, zu zwei Jahren Gefängnis. — Der schwedische Reichstag ist Freitag zusammengetreten; der bisherige Präsident und die Vizepräsidenten wurden vom Könige wiedernannt. — Die Sporte lehnte das Eruchen Russlands, die Schwarzmeerflotte durch den Bosporus und die Dardanellen laufen zu lassen, ab. — Aus Uruguay wird gemeldet, die Regierungstruppen hätten am 11. d. Mts. bei Pasatoros eine Niederlage erlitten und einen Verlust von 25 Toten und 45 Vermun- deten gehabt.

Schweden.

Der Hafenarbeiterstreik in Stockholm, der 10 Monate dauerte, ist Freitag beendet worden.

Italien.

In dem Prozesse des früheren Marineministers Bettolo gegen den sozialistischen Deputierten Ferri be- antwortete der Staatsanwalt, Ferri wegen Verleumdung zu 14 Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 16. Januar 1904

Ganz erhebliche Schwierigkeiten stellen sich hier dem Verband der Handels-, Transport-, Verkehrs- arbeiter bei seiner Agitation in den Weg. Zumeist handelt es sich bei dieser Arbeiterschaft um Leute, die vom Lande hereingekommen, seit Jahren bei einem Arbeitgeber tätig sind und sich selbst mit den erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen begnügen. Hier organisatorische Er- folge zu erzielen, hält außerordentlich schwer. Um so höher muß es verlangt werden, daß es der hiesigen Zahlstelle dennoch gelingen ist, ihre Mitgliederzahl im verfloffenen Jahre von 115 am Beginn desselben auf 130 am Schlusse zu erhöhen. Die Steigerung ist zwar nur eine ganz geringfügige, unter Berücksichtigung der schwierigen Um- stände aber ist sie immerhin befriedigend. Innerhalb der Zahlstelle selbst herrscht eine rege Tätigkeit. Es wurden im verfloffenen Jahre 12 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung und eine ganze Reihe Betriebs- zusammenkünfte abgehalten. In den Versammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten. Der Bibliothek, die sich z. B. aus 104 Bänden zusammensetzt, wurden 57 Bücher von 29 Mitgliedern entnommen. Hier wird sich das Resultat von Jahr zu Jahr ohne Frage immer mehr ver- bessern. Als erfolgbringend verdient die Agitation für den früheren Bahnschluß hervorgehoben zu werden. Hier wurde am 1. Januar d. J. der 7-Uhr-Güterzug ein- geführt. An Arbeitslose waren am Schlusse des Bericht- jahres 3 Mitglieder vorhanden. — Öffentlich gelangt es der hiesigen Zahlstelle, im laufenden Jahre ihre Mitgliederzahl durch rege Propaganda um ein beträchtliches zu vermehren. Trotz aller Schwierigkeiten in der Agitation darf nicht locker gelassen werden; immer und immer wieder muß der Versuch gemacht werden, die noch fernstehenden dem Ver- bande zuzuführen. Steier Trübsen höhlt auch hier den Stein!

Einen wohl einig dastehenden Win leitet sich das freijährige Organ bei seinen weiteren Festsetzungs- versuchen des Verhaltens des Herrn Friede anläßlich des Bühnenausstodes. Nachdem in geradezu trivialer Weise die un- wahre Behauptung aufgestellt wird, daß die Bühnen jetzt eine Abänderung des noch auf mehrere Monate gegenständig festgelegten Lohnsatzes zu ihren Gunsten verlangen, heißt es zum Schluß: „Der „Bühnenbote“ hat unsere vorgehenden Bericht zum Abdruck gebracht. Er läßt sich erst einmal in den Schwanz, damit die Lohnkommission freieren soll. Heute Abend dürfen ihre liebsten Töne zu hören sein.“ Dieses föhliche Geschreibsel wird zweifellos bei unseren Lesern dieselbe Wirkung hervorrufen, wie bei uns, nämlich ein herzliches Lachen ob des — gelinde gesagt — mangelnden Verstandes des „Bühnenboten“ jener Zeilen. Würden wir mit demselben nicht ein gewisses Mitleid empfinden, dann hätten wir dieses „Geschreibsel“ als eines mit einem „reinen Gewissen“ ausgestatteten Mannes irgend einem Blatte zur Verfügung gestellt.

Warnung! Der Schwindler, der sich als Parteigenosse ausgibt und der, wie unsere Leser wissen, bereits in Bremen und Magdeburg sein Gewerbe trieb, ist auch in Stettin und anderen Städten unterwegs, um die Partei- genossen zu brandstiften. Der Schwindler gibt an, seine Papiere und Briefchen verloren zu haben, oder dieselben seien ihm gestohlen worden. Leider kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es sich hier um den aus Schles- wig vertriebenen Kolporteur und früheren Leberarbeiter

Blumstod handelt. Die Parteigenossen seien hiermit nochmals vor diesem Schwindler gewarnt!

Sozialdemokratischer Verein. Die Bibliothek ist Montag Abend von 8 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ Uhr geöffnet.

Unter den Petitionen, die dem Reichstage zuge- gangen sind, befinden sich, wie uns aus unserem Lesers- kreise mitgeteilt wird, auch drei aus Lübeck, resp. der näch- teren Umgegend. Um welche Sachen petitioniert wird, ersieht man daraus, daß Mathilde Brand in Hohenwarte um Einführung eines gemeinsamen christlichen und jüdischen wöchentlichen Ruhetages (1) bittet. Ferner eruchen der Postsekretär Davids und Genossen in Lutrin in Gemeinschaft mit anderen Kollegen Deutschlands um Erhöhung des für ihre Wohnorte und Gemeinden festgesetzten Wohnungsgeldzuschusses oder um Veretzung der Orte in höhere Servisklassen. Doch auch die Schanzmacher hegen einen Wunsch, der hoffentlich stets ein frommer, unerfüllter bleiben wird. Der 15. Bezirksrat des Verbandes der Tischlerinn- ungen Schleswig-Holsteins und Lübecks in Kiel bittet um Aenderung des § 153 der Ge- werbeordnung in dem Sinne, daß das Streikpostenstehen ohne Ausnahme unter Strafe gestellt wird.

Die Schifffahrt auf dem Elbe-Trade-Kanal ist, nach- dem die Elbe eisfrei ist, jetzt ebenfalls wieder freigegeben worden.

Dem Gewerbegericht lagen gestern 7 Sachen, von denen jedoch 3 zurückgezogen waren. Zunächst wurde die in der letzten Sitzung vertagte Klage des Schiffers K. gegen die Firma L. u. St. verhandelt. Ersterer war be- kanntlich am 23. Dezember v. J. ohne Innehaltung der sechsmonatlichen Kündigungsfrist entlassen worden; er forderte deshalb eine Entschädigung von 199,31 Mk. Der als Vertreter erschienene Prokurist der Beklagten erklärte im direkten Gegensatz zu den Ausführungen des im vorigen Termin erschienenen anderen Vertreters, daß der Kläger bis September v. J. als Lagerarbeiter tätig gewesen sei; darauf habe er mehrere Reisen als Schiffer gemacht. Nach Beendigung derselben habe das Schifferverhältnis aufgehört, dafür sei wieder das Bootsmannsverhältnis eingetreten. Dieses Verhältnis aber lasse die sofortige Lösung des Vertrages zu. Der Kläger lieferte dagegen durch ein Zeugnis und durch sein Mitgliedsbuch der Orts- frankenkasse den Nachweis, daß er seit dem 27. März v. J. als Schiffer bezeichnet worden ist. Die Parteien einig- ten sich nach längerer Verhandlung dahin, daß der Kläger am morgigen Sonnabend wieder bei Beklagter in Arbeit tritt und zwar bis zum 15. Februar cr. gegen Zahlung der eingeklagten Summe. Die Reisekosten werden vergütet. — Ohne Innehaltung der gesetzlich vorgeschrie- benen 14-tägigen Kündigungsfrist war der bei dem Schuh- machermeister St. gegen 30 Pfg. Stundenlohn beschäftigt gewesene Schuhmachergehilfe B. am 9. d. Mts. entlassen worden. Er klagte deshalb auf Wiedereinstellung in die Arbeit resp. Zahlung einer Entschädigung von 36 Mk. Seitens des Beklagten wurde die plötzliche Entlassung damit begründet, daß Kläger einen geistesschwachen Ver- wänden in ärgerlicher Weise geopfert und genetzt habe. Auch hier kam ein dahingehender Vergleich zu stande, daß Kläger 14 Tage beim Obermeister der Schuhmacherinnung in Stellung tritt, da der Beklagte schwer erkrankt ist. — Der Schloffer K. klagte gegen den Schlossermeister M. auf Zahlung von 7,35 Mk. rückständigem Lohn. Der Abzug ist gemacht worden, weil Kläger beim Transportieren eines Fensterflügels angeblich durch eigenes Verschulden mehrere Scheiben eingestochen hat. Kläger bestritt dieses. Da ein Vergleichsvorschlag des Gerichts an dem beklaglichen Ver- treter scheiterte, so wurde Beklagter verurteilt, dem Kläger 7,35 Mk. zu zahlen. Die Urteilsgebühr wurde auf 1 Mk. festgesetzt. — Die letzte Sache mußte vertagt wer- den, da der Beklagte nicht erschienen war.

Vereinsregister. Am 15. Januar 1904 ist der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde Lübeck, in das Vereinsregister eingetragen worden.

Aus dem Gerichtssaal. Als Logischschwindler ent- pappte sich der Seemann M., der sich bei einem hiesigen Gastwirt anlogierte, ohne im Besitz von Geldmitteln zu sein. Als der Wirt schließlich auf Bezahlung drang, er- klärte M., sein in der Johannisstraße wohnhafter Bruder bezahle alles. Das sei diesem aber gar nicht ein, vielmehr zeige er seinen Bruder noch bei der Polizei an. Einen Monat soll nun M. im Gefängnis über diesen Schwindel nachdenken. — Der Farmer M. und der Ar- beiter H. erkranketen der Lübeck-Büchener Eisenbahn ge- hörende Wägen im Werte von etwa 11 Mark. M. erhielt hierfür 10 Tage und H. 4 Tage Gefängnis. — Zwei Schulknaben entwendeten auf dem Weihnachtsmarke, was sie nur habhaft werden konnten. Sie kamen mit Rücksicht auf ihre große Jugend mit einem Verweise davon.

ps. Aus der besten der Welten. Am Donnerstag Vormittag fuhr eine wandernde Frau ihr 5 Monate altes Kind in einem Eiswagen nach Stodsdorf, um von dort aus nach Segeberg zu ihrer Aufzucht ihres Mannes, der seine Familie am Montag heimlich verlassen hatte, zu ge- langen. Usterwegs in Krepelsdorf verfiel das Kind. Die Leiche wurde nach hier gebracht und wird hier be-

erdigt. Die gänzlich mittellose Frau wurde in die hiesige Armenanstalt aufgenommen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Vom Hausflur eines hiesigen Schlachtermeisters wurde gestern Vormittag ein Stück Ochsenfleisch gestohlen. Als Täter wurde ein Glaser ermittelt. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schweden, der trotzdem er als lästiger Ausländer aus dem Lübeckischen Staatsgebiete ausgewiesen wurde, nach hier zurückkehrte.

Lübecksdorf. Ordnungsstützen. In Zahlungs- stellungen ist hier der Grundbesitzer S. Oldenburg ge- raten. Obgleich er vor ca. 10 Jahren die Volkshilfe und dazu ein Barvermögen von 51.000 Mk. ererbte, so hat er doch so gewirtschaftet, daß vor kurzer Zeit seine Gläubiger sich genötigt sahen, zusammenzukommen, um zu versuchen, für sich zu retten, was zu retten ist. Oldenburg kann die Sozialdemokraten nicht leiden; er wurde wohl aus diesem Grunde Vertrauensmann des Bundes der Landwirte. — Immer länger werden auch die Geschlechter der Gläubiger des Domänenpächters G. Höderer in Hof Wahrenow, bei dem schon vor Jahresfrist eine Zahlungsstörung eintrat. Einer Masse von Schul- den gegenüber waren keine Mittel vorhanden und das Inventar war nicht zu pfänden. So beschloßen die Gläu- biger, auf eine bessere Zeit zu warten, da ihnen Hoffnung gemacht wurde, daß schließlich doch noch soviel aus dem Gute herauszuwirtschaften sein würde, um mit der Zeit die Schulden zu decken. Kürzlich ist ihnen nun ein Ver- gleich angeboten, wonach sie 30 Prozent ihrer Forderung haben sollen. Den Gläubigern schien das Geschäft, das bei Annahme dieses Vergleiches der Ordnungsmann Hö- cher machen würde, als zu gut und verzichteten sie deshalb auf dasselbe. Als Ordnungsstütze war Höcher am 16. Juni Wahlvorsteher, und gab sich mit seinem Bruder zusammen, der als sein Stellvertreter fungierte, als echter Sozialistenreferent. Sie genierten sich nicht, wie in St. auch berichtet, unseren Genossen, welche in das Wahllokal kamen, um der Wahlhandlung beizuwohnen, ein Sitten- zeugnis abzufordern.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Wegen bedeutender Reduzierung der Marktpreise stellen alle Formen in der Metallwarenfabrik von A. Fleck Schöne in Hamburg, Volkmarstraße 11/53, die Arbeit an. — Der Sozialdemokratische Verein Wandsbeck gewann trotz Beitragserhöhung im abge- laufenen Jahre einen Mitgliederzuwachs von 500, der jetzige Mitgliederbestand beläuft sich auf 1600. Die Jahres- einnahme betrug einschließlich eines Kassenbestandes von 2911 Mk. 11.069 Mk., die Ausgabe 8557 Mk. — Die Steinseker in Neumünster beschloßen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern einen Stunden- lohn von 50 Pf. für Steinseker, 45 Pf. für Hammer und 35 Pf. für Hilfsarbeiter.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Wyk a. F. müdete gestern während 12 Stunden ein Südweststurm, der einen ungewöhnlich hohen Wasserstand zur Folge hatte. Durch die Wogen wurde die Strandpromenade vom Kurhaus bis zur Kinderheilstätte schwer beschädigt und teilweise ins Meer gerissen. — Auf dem Kalkwerke Fessens bei Büthen verunglückte gestern der Schiefer Henje und zog sich schwere Verletzungen beider Augen zu. Henje wurde in die Augenklinik nach Schwerin gebracht.

Hamburg. Eine Dienstherrin wegen Frei- heitsberaubung bestraft. Eine 81-jährige Frau hatte sich dieser Tage vor der Strafkammer III des Ham- burger Landgerichts wegen Freiheitsberaubung zu verant- worten. Sie hatte Lohnsdifferenzen wegen ihr Dienstmäd- chen und ihre Gesellschafterin entlassen; da sie ihnen kei- nen Lohn zahlte, erhoben sie Klage. Als die beiden Ent- lassenen nach wenigen Tagen zurückkehrten, um ihre Sachen zu holen, sperrte die alte Dame sie in dem Dienstkoben- zimmer ein und erklärte, sie würde die Tür nicht öffnen, bevor die Weiden ihr nicht versprächen, die Klage zurück- zunehmen. Sie wurde wegen dieser Freiheitsberaubung und versuchten Nötigung zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen verurteilt. — Der Arbeitererbe- verband von Hamburg-Altona veranstaltet gegenwärtig eine Sammlung für die Krimmischauer Ar- beitgeber. Ein von dem Oberstabsarzt Blohm unter- zeichnetes Bittgeschick ist bereits an verschiedene Großkäu- lende und Meedereien verandt worden. Ob's wohl viel nützen wird?

Kiel. Umfangreiche Kündigungen, man spricht von 130, sind im Nestort M. Schiffbau der Kaiser- lichen Werft, erfolgt. Als Kündigungsfrist wird der 26. Februar bezeichnet. Die Ursache soll auf Arbeits- mangel, ganz besonders aber auf Mangel an Geld zurückgeführt werden. Bei den Kündigten handelt es sich zum erheblichen Teil um alte Arbeiter, die schon seit langen Jahren, einer sogar seit 27 Jahren, auf der Werft beschäftigt sind. Es wäre überaus traurig und schwer- wiegend, wenn die Maßregel zur Ausführung gelangen sollte. — Zum weiteren Arbeitersekretär für das Kieler Sekretariat wurde Genosse Riendorf, Arbeitersekretär in Altona, mit 46 von 75 Stimmen ge- wählt.

Briefkasten.

A. F. Stodsdorf, „Kapital und Arbeit“. St.

1 freundliche 1. Etage
mit 2 Zimmern, Küche, Keller und Jalousie zu vermieten. 1. Etage, Preis 172 Mk. **Wittich 23.**
Auf Wunsch Dr. Stodsdorf

eine Stagenwohnung
mit 2 Zimmern, 2 Kammern, Küche und Garten- laub zum Preise von 50.— per Monat oder 1. Etage zu vermieten. **Hilpert**
H. Schwarz, Jägerstraße, Nordenburg.

Zimmer zu verm. Kl. Burchr. 25, 1.

Mehrere 3 Stuben-Wohnungen
mit allem Zubehör zu vermieten.
Bühnenstraße 1a, Barchuz.

Mehrere 3 Stubenwohnungen
mit allem Zubehör im Preise von 220 bis 250 Mk.
Gartenstraße 1, Barchuz.

Es ist oder zum 1. April ein leeres Zimmer, Küche und Keller, an eine allseitigende Person oder zugehörige Person zu vermieten.
H. H. Schwarz, Jägerstraße Nr. 24.

1 oberstl. 3-Zimmer-Wohnung
mit Keller und Kuchenschrank zum 1. April zu ver- mieten. Preis 190 Mk. **Kob. Wittich 12.**

1-Zimmer mit Bierkeller zu verm.
am Sonntag den 17. Januar, Morgen 11 Uhr.
Stodsdorf 6.

Ein freundlich möbliertes Zimmer
zu vermieten. **Schäferstr. 21 a 2. Etg.**

Eine Etage von 3 Zimm. zu verm.
Preis 290 Mk. **Küchelstraße 12 a.**

Ein freundliches heizbares Logis
zu vermieten. **Schäferstraße 21, 1. Etage.**

Gut verzinsbares Haus
mit Keller günstig frei möbliert, ist bei einer An- nahme von 2 bis 3000 Mk. zu verkaufen.
H. a. H. 10 am die Engel d. H.

Auf Wunsch Dr. Stodsdorf
ein neugebautes Wohnhaus
mit Stall und Garten bei geringer Anzählung
lokal zu vermieten. **Hilpert**
H. Schwarz, Jägerstraße, Nordenburg

Für Wirte.
Bogen Maschinen jetzt zu verkaufen 225 gut
empfohlene Maschinen à 1,50 Mk., 1 Stück 25 Mk.,
1 Dampfmaschine (Deutscher) u. 2 Maschinen 150 Mk.,
Küchenschrank u. 12 Sägen 60 Mk., bei Güte-
und Größlichkeit.
Stodsdorf 6.
Mein. Bruner.

**Räumungs-
Ausverkauf**
in
Winter-Schuhen und
Hautverehel's
Schuhfabrik
Wittich 34.



52 Huxstrasse 52

Prima

Magdeb. Sauerholz 3 Pfd. 20 Pf.
do. Salzgurken Stk. 5 u. 2 Stk. 15 Pf.
gr. Salzheringe Stk. 5 Pf.
feinste Anchovis Pfd. nur 35 Pf.
feinstes Speisejyrup Pfd. 18 Pf.
5 Pfd. 80 Pf.

feinstes Kunst-Zafel-Honig
Eimer, 10 Pfd. Inhalt, nur 3,00 Mk.
hochf. holl. Margarine Pfd. 50, 60, 70 u.
75 Pf. empfiehlt

Heinr. Möller

52 Huxstrasse 52

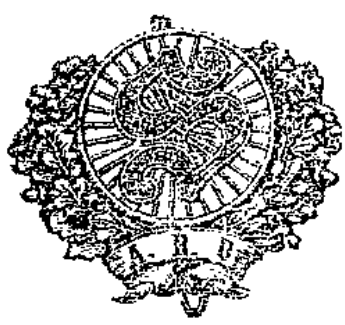
Das Lagerhaus n. Expedition-Strasse

Fischergrube 52

empfiehlt sich zum Lager- und Nachladen
aller Warenkände prompt u. billig.

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volks-



Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

Die Kieler haben uns benachrichtigt, daß am **Sonnabend den 23. d. M.** ihre **Maskerade** stattfindet. Die Mitglieder, welche zur Teilnahme an diesem Fest mitfahren wollen, werden ersucht, am 23. Januar, präzise 6 Uhr Abends, am Bahnhof zu sein.

Der Vorstand.

Brauerei Jadenburg.

Sonntag den 17. Januar 1904:

3. grosses

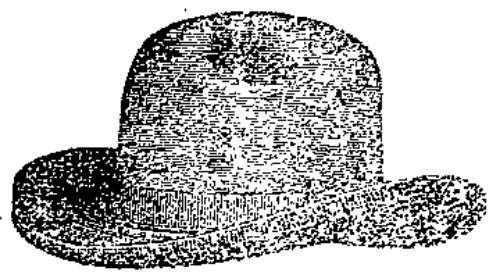
humoristisches

Bockbier-Fest

ausgeführt von der ganzen Seyden'schen Kapelle. Reichhaltiges Programm. Neue Lieder. Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf

Bockbiermilch, Programm und Lieder gratis.

Ausverkauf von ff. Tafel- u. Lagerbier. Münchner Bierrettig.



Total-Ausverkauf.

10 bis 25 Prozent Rabatt.



Trotz enorm billigen Preisen gebe auch noch

grüne Rabatt-Marken.

Ein Posten Hüte, sonst 3.15 Mk. jetzt 1.- Mk.

Ein Posten Haar-Hüte, sonst 7 bis 9 Mk. jetzt 3 u. 4 Mk.

Regenschirme enorm billig.

H. Stoppelman, Schirm-Fabrik und Hut-Bazar, Süßstraße 40.

Herren-Mode-Artikel-Geschäft.

Die Laden-Einrichtung ist zu verkaufen.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich einen **Brot-, Bier- und Gemüsehandel.**

Um glüklichen Zuspruch bittet

L. Niendorf, Weisenhofstraße 27.

Lübeck, den 17. Januar 1904.

Mit heutigem Tage verlegte ich mein

Zigarren-Spezialgeschäft

von Mühlenbrücke 7a nach dem von mir käuflich erworbenen Hause

4 Mühlenbrücke 4.

Gleichzeitig habe ich eine Erweiterung meines Lagers in allen seinen Teilen vorgenommen, um allen Ansprüchen der Herren Käufer gerecht werden zu können.

Ich danke verbindlichst für das mir bisher bewiesene Wohlwollen und bitte, mir dasselbe auch in meinem neuen Geschäftslokale zu bewahren.

Hochachtungsvoll

Ernst Albrecht.

Apfelsinen!

Wiederum traf heute eine Waggonladung allerfeinste Früchte für mich ein, und bemerkte ich hierbei, daß ich auch diesmal die kleinsten und billigsten Sorten nicht gekauft habe, so daß meine billigste Frucht schon gut zu nennen ist. Ich offeriere Dhd. von 25-90 Pfg. **kastenweise billiger als jede Konkurrenz, daher beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.**

420 medium	Mk. 11.90
420 large	„ 13.20
420 bombos	„ 24.—
714 medium	„ 15.50
714 large	„ 16.50
1064 large	„ 24.—
200 medium	„ 7.—
200 large	„ 8.—
300 medium	„ 7.50
300 large	„ 7.75
150 large	„ 7.90

Mandarinen empfehle nicht mehr, da die Zeit dafür vorüber.

Messina-Zitronen 300	} Mk. 8.50
360	
200	
	Mk. 9.—

Probepostkorb Apfelsinen, brutto 10 Pfd. schwer, Mk. 1.25, 1.50, 1.75, 2.00.

Probepostkorb Zitronen, Mk. 1.50 und 2.00.

Eine Partie Ausschuh-Zitronen (Nedig), sich aber zur Kur eignend, weil saftig, Dhd. 25 Pfg., Postkorb nur Mk. 1.25.

Die Postkörbe sind franko I Zone bei vorheriger Einsendung des Betrages, oder gegen Nachnahme mit 35 Pfg. Aufschlag.

Alle anderen Südfrüchte billigt, besonders empfehle eine größere Partie Sevilla-Feigen und ff. kalif. Datteln in ganzen Kisten, Pfd. 18 1/2 Pfg.

Filiale:

Mühlenstr. 28.

Karl Voss.

Holltenstr. 27.

Telefon 212.

Größte Frucht-handlung Lübeck's.

Riesig billig! Riesig billig!

Niemand versäume den

Räumungs-Ausverkauf

der Firma Gebr. Vandsburger, 10 Holstenstr. 10.

Die bei der diesjährigen Inventur zurückgebliebenen

Paletots, Anzüge, Foppen, Hosen usw. usw. werden zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft.

Ein Posten

- Herren-Anzüge sonst 15-20 Mk. jetzt 5 u. 7.50 Mk.
- Herren-Anzüge beste Qual. u. Ausfüh. jetzt 20 u. 25 Mk.
- Winter-Paletots sonst 20-30 Mk., jetzt 6 u. 12 Mk.
- 1 Posten Sommer-Paletots jetzt von 3.00 Mk. an.
- 1 Posten Knaben-Anzüge (120) jetzt von 1.20 Mk. an.
- 1 Posten Herren-Büchsin-Hosen jetzt von 1.15 Mk. an.
- 1 Posten schwarze Kammg.-Anz. jetzt von 12.00 Mk. an.
- 1 Posten schwarze Rock-Anzüge jetzt von 17.50 Mk. an.

Gebr. Vandsburger,

10 Holstenstrasse 10.

Billigste und anerkannt reelle Einkaufsquelle.

Einziges Spezial-Geschäft am-Platz.

Brömbesen-Halle.

44 Breitestraße 44, Markthallenpassage.

Heute: Eisbein mit Sauerkraut u. Erbsenpüree.

Max Kähler.



Travestrand-Weisling.

Sonntag, den 17. Januar 1904:

Großes humoristisches

Bockbierfest

verbunden mit

Konzert und Ball.

Kappen und humoristische Bockbierlieder sind an der Kasse zu haben.

Anfang 4 Uhr.

Omnibusverbindung vom Lindenplatz

Johs. Schiering.

Hochfeine Flohm-Geringe 2 Stk. 10 Pfg. bei H. Eggerstedt, Karpfenstraße 26.

Circus Variété.

Heute Sonntag den 17. Januar:

2 grosse

Gala-Vorstellungen

Nachm. 4 und abends 7 1/2 Uhr.

10 neue Attraktionen.

Schlager auf Schlager.

Melodia-Quartett. Alfred v. Reutler. Viola Violetta. Die 3 Liebers. Paul Förster. Der Herr. Bill u. Max Walter. Bleckmann. Broese's Fio-Tableaux usw.

Karl Nielsch jun.

Lübeck, Engelsgrube 91,

empfeht sein großes Lager in

Korb-, Spiel- und Galanteriewaren

sowie reizende Puppfiguren.

Vom 15. Januar bis 23. Januar

gebe doppelt grüne Rabattmarken.

Volle Bücher werden mit Mk. 10.— und halb-

vollte Bücher mit Mk. 5.— in Zahlung genommen.

Stadt-Theater

4 Uhr. Sonntag den 17. Januar. 4 Uhr.

Der Strom.

113. Vorstellung 7 1/2 Uhr 17 Sonntag-Abend.

Die Fledermaus.

7 1/2 Uhr. Montag den 18. Januar. 7 1/2 Uhr.

Zapfenstreich.

Warenhaus Hansa

Inventur-Ausverkauf.

Sensationelle Extra-Tage.



Kurzwaren und Kleiderstoffe.

Einzig dastehende Vorzugs-Angebote.

Beachten Sie bitte Schaufenster.

5 Pfg. 3 Pakete Stecknadeln	Druckknöpfe, schwarz und weiß . . . Duzend 6 Pfg.
5 Pfg. 12 Dtz. schwarze Hosenknöpfe	Haarnadeln 4 Pakete 1 Pfg.
4 Pfg. Heftbaumwolle, große Rollen	Lockennadeln 6 Pakete 1 Pfg.
3 Pfg. Dtz. Leinen-Wäscheknöpfe Größe 16-20	Leinen-Wäscheknöpfe Größe 22-26 Duzend 4 Pfg.
Kleiderhalter 4zählig Stück 15 Pfg.	Hübsche Blumenstoffe verschiedene Dessins Meter 20 Pfg.
Ideal-Nähseide Rolle 2 Pfg.	Hauskleiderstoffe sehr haltbar Meter 21 Pfg.
Knopflochseide 15 Rollen 10 Pfg.	Loden-Kleiderstoffe div. Farben Meter 30 Pfg.
Haken und Augen schwarz Paare 2 Pfg.	Tuch-Hauskleiderstoffe div. Farben Meter 47 Pfg.
Schweissblätter Paare 6 Pfg.	Kleider-Parchende verschiedene Muster Meter 29 Pfg.
Alpacca-Tresse alle Farben Stück 7 Pfg.	Nouveauté-Parchende sonst 85 Pf., jetzt Meter 58 Pfg.
Goldfadenzwirn 3 Rollen 11 Pfg.	Reinwollne Blumenstoffe aparte Dessins sonst 1.85 RM, jetzt Meter 82 Pfg.
Bilderrahmen 2 Stück 13 Pfg.	Noppen- u. engl. Nouveauté-Kleiderstoffe sonst 1.45 RM, jetzt Meter 89 Pfg.
Stehspiegel mit Spiegelglas Stück 21 Pfg.	Schwere Zibeline-Kleiderstoffe sonst 1.90 RM, jetzt Meter 1¹⁵ RM.
ff. Parfüm Stücke 14 Pfg.	Zibeline-Nouveautés mit Bomben Effekten, sonst 2.25 RM, jetzt Meter 1³⁵ RM.
Kleiderbürsten Stück 14 Pfg.	
Tailenstäbe Duzend 10 Pfg.	

2000 BONS.

Heute Sonnabend verabsolgen wir bei einem Einkauf von **2 Mk.** an
1 Gratis-Bon auf 2 Paar weisse Tassen.
 Der Bon wird am 1. Februar eingelöst.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung und Verantwortlicher für den Inhalt der Anzeigen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik 'Annie und Hoffmann', sowie die mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: Johannes Steinhilber - Berlin; Theodor Schwach - Berlin; Fritz Meyer & Co. - Chemnitz in Ostpr.

Komödie der Irrungen.

Noch bei den letzten Reichstagswahlen gebärdete sich die Schaar der Agrarier als die berufene Vertreterin des Mittelstandes, den sie durch kräftige Schimpfworte ebenso wohl gegen die kapitalistische Konzentration wie gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine in Schutz zu nehmen vorgab. In der letzten Zeit macht der vielberufene Mittelstand auch gegen die Agrarier Front, weil ihm die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ein Dorn im Auge ist. Mit besonderer Heftigkeit wendet sich diese von freikämpfer Seite geschürte Bewegung gegen die vielfachen staatlichen Unterstützungen, die den agrarischen Genossenschaften, diesen „Tobfeindinnen des kleinen Mannes“, zu teil werden. Zahlreiche Handelskammern beschäftigen sich mit dieser neuen Frage, und neuerdings erhebt auch das „Berliner Tageblatt“ unter dem bezeichnenden Titel „Regierung contra Mittelstand“ heftige Klage gegen die geplante staatliche Subventionierung einer Versuchsmüllerei und Bäckerei im preussischen Regierungsbezirk Pommern. Es handle sich, so wird ausgeführt, um Gründungen, die andre Erwerbsstände brotlos machen. Der Zweck der Pommerschen Versuchsanstalt sei, die Schädlichkeit des Zwischenhandels zu beweisen, und dazu dürfe die Regierung nicht die Steuergroschen des Mittelstandes verwenden.

Recht man in Rechnung, daß die Konsumgenossenschaften der Arbeiter von den staatlichen Gewalten keineswegs subventioniert, sondern vielmehr oft nach allen Regeln der Polizeikunst gehudelt werden, so sind die liberalen Mittelstandsklagen gegen die Agrarier genau derselben Art wie jene, die die agrarischen Mittelstandskretter gegen die Sozialdemokratie zu richten pflegen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften verfolgen den wirtschaftlich vernünftigen Zweck, die Produktion möglichst zu vereinfachen und durch den Zusammenschluß der Produzenten Kredit, Rohstoffe, Geräte und Maschinen zu verbilligen, sowie für die Produkte der Genossenschaften bequeme Absatzgebiete zu schaffen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist darum ebenso wie der Antrag Raniß, der den Getreidehandel verstaatlichen wollte, ein Stück agrarischer Sozialismus — genau so wie das Kartellwesen nach einem gestrichelten Wort des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten der „Kommunismus des Rammons“ ist. Kartellwesen wie Genossenschaftswesen sind nichts als die praktische Anwendung eines sozialistischen Wirtschaftsprinzips, das einseitig zugunsten eines einzelnen Berufsstandes — hier der agrarischen, dort der industriellen Arbeiter — herausgegriffen und mit aller Rücksichtslosigkeit herrschender Klassen angewendet wird. So liegt es eben im Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich kein Stand der Welt seinen Zukunftsstaat anders mehr als mit einem gewissen sozialistischen Einschlag vorzustellen imstande ist.

Durch diese moderne überkapitalistische Entwicklung gerät der Arbeiter schließlich ebenso unter dieäder des agrarischen, wie des industriellen Wagens. Die weitere Entwicklung des agrarischen Genossenschaftswesens wird zweifellos zu einer weiteren Proletarisierung verschiedener Mittelstände Erhebliches beitragen.

Trotzdem sind sowohl Agrarier wie Freikämpfer bereit, die Sozialdemokratie als die Feindin des Mittelstandes zu beschreiben, jene Partei, die durch eine Durchführung eines ganzen sozialistischen Gedankens den „Mittelstand“, aber auch den „Ober-“ und „Unterhand“ beseitigen möchte. Die Angst der kleinen Leute ist es ja, daß sie durch Verlust ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit in den Arbeiterstand „hinabfallen“ könnten. Die Lage des Arbeiterstandes zu heben, ist darum das einzige Mittel, den Mittelstand vor dem Versinken zu schützen. Der agrarisch-freikämpfer Streit um die wahre Mittelstands-

rettung ist nichts als ein Bant zwischen dem Teufel und seiner Großmutter um eine arme Seele.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Relief-, Buntbrud- und Goldbrud-Graveure mehrerer Firmen in Berlin sind in den Ausstand getreten, weil die Prinzipale den erst im November eingeführten Achtstundentag abschaffen und die neunstündige Arbeitszeit wieder einführen wollen. — Die ausgesperrten Schneider in Weimar hatten für Montag das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Der Arbeitgeber-Verband hat jedoch, der allgemein ausgegebenen Parole der Scharfmacher folgend, es abgelehnt, mit den Arbeitern an dieser Stelle zu verhandeln. Die Arbeiter haben ebenso wie in Crimmitschau das Gewerbegericht nur angerufen, um öffentlich ihre Forderungen zu bekunden. Der Stand der Aussperrung ist für sie gut, wenn von auswärts keine Arbeitskräfte kommen. — In sämtlichen Druckereien zu Stuhlweissenburg in Ungarn ist ein Sezerstreik ausgebrochen, weil die Druckereibesitzer die Forderungen der Sezer auf Lohnerhöhung und neunstündige Arbeitszeit nicht bewilligen wollen. Die zwischen den Druckereibesitzern und den Sezern gepflogenen Unterhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Blätter erscheinen in kleinem Format, da die Besitzer selbst die Sezararbeit verrichten müssen.

Verlegung des Verbandstages der Hafenarbeiter.

Der Vorstand des Hafenarbeiterverbandes gibt bekannt: „In Rücksicht auf die im Februar d. J. in Hamburg stattfindenden Bürgerchaftswahlen hat der Vorstand beschlossen, den Verbandstag um eine Woche hinaus zu schieben; die Eröffnung findet demnach nicht am 15. Februar, sondern am 22. Februar 1904, Vormittags 9 Uhr, in Lütjes Etablissement, Valentinskamp 41, statt. Eine besondere Einladung erfolgt nicht.“

Die im „Vaterlande“ rekrutierten Crimmitschauer Textilarbeiter

haben jetzt wieder Versammlungen abhalten im Auslande, und zwar in Krefeld. Die arbeitserfreundliche Presse ist darüber aus dem Häuschen, daß die russische Regierung das zuläßt, nachdem Sachsen-Altenburg der sächsischen Regierung den Gefallen getan und die anfänglich gestatteten Versammlungen verboten hat. Die russische Regierung ist aber bisher fest geblieben.

Den Zehnstundentag, um den sich der Kampf in Crimmitschau dreht, bewilligte die Zerstörerin Kaminski in Forst. Bisher wurden dort 11 Stunden gearbeitet.

Schwindel.

Vor einigen Tagen wurde in der bürgerlichen Presse mit Genugtuung gemeldet, daß zwei Chemnitzer Großindustrielle zur Unterstützung der Crimmitschauer Fabrikanten je 100 000 Mark spendet hätten. Kommerzienrat Vogel in Chemnitz hat nun einem Vertreter der „Chemnitzer Neuesten Nachr.“ erklärt, nichts von dieser Unterstützung zu wissen. Man hat also gestunken, um die Unternehmenssolidarität in recht hellem Lichte erscheinen zu lassen und die Arbeiter banje zu machen.

Zum Zehnstundentag in Crimmitschau

schreibt Alice Salomon, eine bekannte Frauenrechtlerin, in der „Sozialen Provis“ einen instruktiven Artikel nach eigener Betrachtung. Zum Schluß fordert sie, daß der Reichstag rede und handle. „Der gesetzliche Zehnstundentag für Frauen ist lange genug vorbereitet; er würde auch den Männern in gemäßigten Betrieben zu gute kommen. Er würde den Crimmitschauer Arbeitern geben, was sie begehren, was sie so heiß erlärten. Warum ärgert man sich mit dem Gesetz, das diesem trostlosen Ringen ein Ende machen könnte? Wenn die Crimmitschauer Fabrikanten gepanzert bleiben, wenn die sächsische Regierung schweigt, so möge doch das deutsche Volk entscheiden, ob der Unfrieden im Lande weiter wachsen soll, ob Tausende von Existenzen vernichtet, heimatlos gemacht werden sollen, ob die Crimmitschauer Arbeiter durch niedrigstehende ausländische Arbeiter

verdrängt werden sollen, während in Deutschland genug Menschen nach Beschäftigung suchen, die allerdings an einem höheren Bedürfnisstand festhalten wollen. Wer die Grundlagen des Staates, wer die Erhaltung der Familie schätzen will, der kann die Hände nicht in den Schoß legen, derweil Mütter, die ihren Kindern, ihrem Haus völlig entfremdet sind, ringen und streben, um für diese Pflichten auch nur in bescheidenstem Maße frei zu werden. Die Crimmitschauer Arbeiter kämpfen nicht um Obdach und Nahrung, sondern um ihr Familienleben, um ihr Heim, um die Möglichkeit, ihren Kindern anzu gehören, sie zu brauchbaren Menschen zu erziehen. Sie kämpfen dagegen, daß alle gesunden Sitten und Gewohnheiten untergraben werden; sie kämpfen gegen eine Gefährdung der Gesundheit der Frauen und damit auch der kommenden Generation. Sollen sie vergeblich gekämpft haben?“

Protest gegen die Kaufmannsgerichte.

In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands in Berlin unterzog Genosse Kalks den Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte einer scharfen Kritik. Gegen den im Januar v. J. erschienenen Entwurf bedeutete der jetzige eine verärgerte Verschlechterung, daß, wenn nicht ganz bedeutende Änderungen darin vorgenommen würden, es besser wäre, das ganze Gesetz abzulehnen. Es wies deutlich den Einfluß des Unternehmertums auf, wie es im Bund der Industriellen und den Handelskammern vertreten sei. Redner verlangte obligatorische Einführung auch auf Orte mit mindestens 20 000 Einwohnern, wie beim Gewerbegericht, und Verpflichtung der Einführung in kleineren Orten, wo es von den Beteiligten verlangt wird. Er wandte sich dagegen, daß als Richter nur solche zugelassen würden, die zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sind, und ebenso gegen die Zulassung von Rechtsanwältinnen. Auch die Bestimmungen der Konkurrenzklausel mißfielen nur durch das Kaufmannsgericht abgeurteilt werden und Privatgerichtsgerichte dürften nicht zugelassen werden. Das Wahlverfahren zeige am deutlichsten die Einwirkung des Unternehmertums. Die Wahl dürfe nur eine unmittelbare und geheime sein, zu der alle 2 Jahre alle kaufmännischen Gehilfen ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt seien. Ferner trat er für Erhöhung der Berufungssumme auf 500 Mk. und für Einführung von Einigungsämtern ein. In der darauffolgenden Diskussion erklärte sich Herr Döring vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband mit den Ausführungen Kalks einverstanden, warnte jedoch davor, auf der Forderung, auch für die Frauen das Wahlrecht zu verlangen, zu bestehen, da ja das doch keine Aussicht auf Erfolg habe. Eine die Anschauungen des Hauptredners wiedergebende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Frauen in staatlichen Fabrikbetrieben.

In sozial-politischer Beziehung bedenklich erscheint, so schreibt die „Spand. Korr.“, eine Maßnahme, die seitens der Feldzeugmeisterei für die Militärwerkstätten geplant ist. In letzteren werden zur Fabrikation kleinerer Gegenstände viele Maschinen verwendet, an denen Arbeiter sitzend beschäftigt sind. Es ist nun beabsichtigt, allenthalben diese männlichen Arbeitskräfte durch weibliche, Mädchen und Frauen, zu ersetzen, und zwar aus Sparsamkeitsrückichten. Sollte diese Neuerung durchgeführt werden, so werden in den Militärwerkstätten demnächst mehrere tausend Männer ihr Brot verlieren, um geringer bezahlten weiblichen Personen Platz zu machen. Der gedachten Maßnahme sieht man besonders in Spandau mit großer Besorgnis entgegen, wo schon infolge der Betriebsveränderungen ohnehin viele hundert Arbeiter im Laufe der letzten Jahre aus den königlichen Fabriken entlassen worden sind. Auch für die Kommunalverwaltung würde eine starke Vermehrung der Arbeiterinnen von erheblichem Nachteil sein, da diese wegen ihrer kleinen Löhnung als Steuerzahler kaum in Betracht

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

29. Fortsetzung.

„Der Herr Notar ist so freundlich,“ sagte die junge Näherin, „und ich will es auch gern und dankbar annehmen, denn von einigen Kunden ist das Geld manchmal nur zu schwer zu bekommen, und sie bedenken gar nicht, daß Unser-eins von der Hand in den Mund leben muß.“

„Bleiben Ihnen denn auch Leute schuldig?“ sagte Ruz erschrocken.

„Ach gewiß!“ seufzte die Näherin; „lieber Gott, reiche Leute können sich oft nicht denken, daß eine solche Kleinigkeit, wie fünfzehn oder zwanzig Groschen in ihren Augen sind, einem Arbeiter einmal recht fehlen dürften, wenn er sie gerade braucht, um nur das Notwendigste und Unentbehrlichste anzuschaffen, und macht man sie dann gar, so werden sie auch noch ägerlich, daß man sie mit einer solchen Unbedenklichkeit belästigt; und doch muß man es ja, denn wer sorgt uns?“

„Ach Gott, ja,“ seufzte Ruz, „die Leute, die im Ueberflusse schweben und keinem Wunsch zu entsagen brauchen, geben sich selten die Mühe, sich in das Leben der Armut hinein zu denken. Es ist oft nicht böser Wille bei ihnen, nur das Verständnis für eine solche Lage geht ihnen ab — aber arderer müssen darunter leiden.“

Das junge Mädchen hatte indessen auf dem Tische die fertigen Hemden in einen Bogen Papier eingeschlagen und band jetzt eine Schnur darum, als ihr Blick zufällig auf das Geld fiel.

„Aber, Herr Ruz,“ sagte sie, „der Herr Notar hat sich geirrt, da liegt ein Taler zu viel, so viel bekomme ich ja gar nicht.“

„Rein, mein Fräulein,“ sagte der kleine Mann, „der Herr Notar irrt sich nicht; so leicht im Geldsachen. Sie

sollten nur wissen, wie genau er darin ist. Aber er hat mir ausdrücklich gesagt, daß Sie für den Preis die Hemden nicht machen könnten, und das noch zugelegt.“

„Aber darf ich das nehmen?“

„Gewiß dürfen Sie, und wenn Sie meinem Rate folgen wollen, so reden Sie ihn nie darum an oder erwähnen es auch nur; er hat es nicht gern und will nie von so etwas wissen.“

„Er hat mir ja neulich schon zu viel geschickt.“

„Zu viel wohl nicht, nur mehr, als Sie gefordert hatten, und vielleicht noch immer zu wenig.“

„Lieber Gott,“ sagte das junge Mädchen, „wenn ich mehr nehmen wollte, als andere Arbeiterinnen, so würde ja kein Mensch etwas bei mir bestellen; es sind leider zu viel arme Mädchen, die davon leben müssen, und da drückt Eine die Andere.“

Ruz hatte das Paket aufgenommen und warf den Blick im Zimmer umher; es war, als ob er das junge Mädchen noch nach etwas fragen wollte. Er konnte nämlich gar keine Anzeichen von irgend einem Mittageffen entdecken, aber er schaute sich auch, er mochte ihr nicht wehe tun, denn die leiseste Andeutung auf die Art ihrer Lebensweise trieb ihr, wie er aus Erfahrung wußte, das Blut in vollen Strömen ins Antlitz.

„Adieu, liebes Fräulein!“

„Leben Sie wohl, Herr Ruz, und bitte, sagen Sie dem Herrn Notar, daß ich ihm recht von Herzen danken lasse!“

Der kleine Bockliche nickte ihr freundlich zu und suchte dann die dort oben etwas dunkle Treppe herunter. Als er die erste Stage erreicht, blieb er dort vor der Tür stehen; die dünne Schnur hatte sich etwas verschoben, so daß er fürchtete, das Paket könne aufgehen. Er legte es deshalb auf das gehobene Knie, um es wieder zu befestigen, und stemmte das Knie dabei gegen die Tür, damit er besser die Balance hielt. Das wäre ihm aber beinahe schlecht be-

kommen, denn ohne daß er da drinnen auch nur einen Schritt oder das geringste Geräusch gehört hätte, wurde die Tür plötzlich und rasch, aber auch völlig geräuschlos geöffnet, und Ruz wäre beinahe dem jüngsten Fräulein von Klingenberg geradezu in die Arme gefallen.

„Jesus!“ rief die junge Dame erschreckt, aber gar nicht so sehr laut, aus. „Wer sind Sie denn? Was wollen Sie?“

„Gar nichts, mein Fräulein,“ erwiderte Ruz, wie er nur sein Gleichgewicht wieder gewonnen hatte und immer noch etwas verblüfft; „ich wollte nur hier mein Paket etwas fester binden, als die Tür aufging. Ich konnte nichts dafür.“

„Alberner Mensch!“ murmelte Flora vor sich hin, indem sie die Tür wieder schloß, und Ruz mußte die letzten Worte gehört haben, deutlich genug waren sie gewesen; aber er erwiderte nichts darauf; es war ihm selber nicht recht, daß er so ungeschickt gewesen. Deshalb lehnte er sich auch gegen die Tür selber und nicht gegen den Haken! Er hatte aber die Luft verloren, an dem Paket etwas zu ändern — die junge Dame hätte nach einmal herauskommen können —, so daß es etwas fester unter den linken Arm und eilte die Treppe hinunter.

Noch im Hausflur begegnete Ruz ein junger Mann in einer Sammelpefische, der aber von ihm nicht die geringste Notiz nahm und ohne weiteres die Treppe hinaufstieg. Ruz blieb einen Moment an der Haustür stehen und sah ihm nach, und ein eigentümliches Säckeln zuckte dabei um seine feingeschnittenen Lippen. Er nickte aber leise vor sich hin mit dem Kopfe, denn jetzt wurde ihm klar, weshalb die Tür so rasch und leise aufging und das gnädige Fräulein so höflich auf ihn geworden. Aber was ging es ihn an! Und über die Straße hinüber glitt er, um dort drüben sein Paket bald abzuliefern.

Auf der Treppe im Gehause überholte er den Apotheker

kommen, während andererseits viele Männer Beschäftigungslos werden würden und deren bisherige Steuerkraft ganz oder teilweise aufgehoben wäre.

Ausbau der Unternehmerorganisation. Veranlaßt durch die Bewegung in Crimmitschau, beschloß der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller in seiner Dienstag in Dresden abgehaltenen Sitzung einen Ausbau seiner Organisation dergestalt, daß neben der Zentralkommission des Verbandes in Dresden an allen größeren Orten des Königreichs Sachsen die Mitglieder sich zu Ortsgruppen zusammenschließen sollen, welche neben der Vertretung der industriellen Interessen in Gemeindegemeinschaften gleichzeitig den Charakter von Arbeitgeber-Verbänden für die betreffenden Orte tragen und bei unberechtigten Arbeitseinstellungen (vor dem Unternehmerverbande) sind natürlich alle Arbeitseinstellungen unberechtigt. (Red.) einen sofortigen Zusammenschluß der Fabrikanten bewirken sollen. In kleineren Orten, wo die Voraussetzungen für Bildung einer Ortsgruppe nicht gegeben sind, sollen aus der Mitte der Verbandmitglieder Vertrauensmänner gewählt werden, welche mit den benachbarten Ortsgruppen und untereinander in Fühlung bleiben und so ebenfalls in dem oben erwähnten Falle eine Vertretung und ein Zusammengehen der Fabrikanten veranlassen können. — Dieser engere Zusammenschluß der Unternehmer wird sicherlich auch auf die Organisationen der Arbeiter seine Wirkung nicht verfehlen.

Beamte und Arbeiterlöhne. Der Bürgermeister von Mühlhausen i. G., Kuyser, ein Regierungsrath, ließ vor kurzem den Ratsmitgliedern und der Presse eine Denkschrift über die Notstandsarbeiten zugehen. Es werden darin die Erfahrungen, die die Verwaltung mit den Notstandsarbeiten im Vorjahre gemacht hat, näher dargelegt und auch angedeutet, wie die Stadt für die Zukunft vorzugehen gedenkt. In bezug auf die Arbeitslöhne der Notstandsarbeiter, die der Gemeinderat festzusetzen hat, sagt die regierungsräthliche Denkschrift: „Die statischen Verhältnisse haben ergeben, daß in Pensionen, sowie in Privathäusern die volle Pension für den Arbeiter durchschnittlich 1,30 Mk. täglich beträgt. Demnach muß für alleinstehende Arbeiter ein Tagelohn von 1,60 Mk. als ausreichend bezeichnet werden.“ Für die anderen Arbeiter sollen 2,50 Mk. bestimmt werden, so meint die Denkschrift. — Die Unrentabilität, mit welcher hier ein Beamter mit 12000 Mark feststellt, daß ein Arbeiter mit 1,30 Mk. täglich leben kann, kennzeichnet das Verständnis, das man in „besseren“ Kreisen von dem Bedürfnisse der Arbeiter hat. Wenn ein Arbeiter infolge kapitalistischer Gewinnsucht bei planem Geschäftsgang auf das Pflaster geworfen wird, dann soll er nicht nur jeder geistigen Nahrung entzogen werden, sondern auch physisch wird ihm in unserem kapitalistischen Staat nur das Nötigste geboten. Einen Tagelohn von 1,60 Mk. infolge von amtlichen Erhebungen als ausreichend zu bezeichnen, ist aber auch weiterhin ein Beweis, mit welcher Gründlichkeit amtliche Erhebungen über Arbeiterforderungen ausgeführt werden.

Christlicher Terrorismus gegen freie Gewerkschaftler. In Eilenburg bei der Gewerbegerichtsverwaltung bekanntlich die Kandidaten der freien Gewerkschaften. Das hat die Gewerkschaften so weitgehend gemacht, daß der Händler Franz Heßler aus dem Arbeitgeber des Steinmetzen Hermann Kerschner das christliche Gesuch stellte, diesen zu entlassen, weil er von den freien Gewerkschaften als Gewerbegerichts-Beisitzer gewählt sei. Solche christlichen Bewilligungen sind schon früher nicht ohne Erfolg geblieben. Von dem am 27. März 1903 gewählten Beisitzer stellen auf der Liste der jetzt gewählten vier Personen. Ihre Streichung würde erfolgen, weil sie gemeldet wurden und nicht mehr in Eilenburg resp. eines anderen Ortes wohnen haben und auf Grund dessen nicht mehr wahlfähig sind.

Ein Stadtverordneten-Mandat widergelegt hat, dem Verl. Logbl. zufolge, aus Gesundheitsrückgründen unser Gewerbe-Stadtverordneter Dr. med. Kurt Frensdorfer in Berlin. Dr. Frensdorfer, der fortan in Reico seinen Wohnsitz nehmen will, vertrat den 40. Wahlbezirk, dritte Abteilung. Nach dem „Vorwärts“ entspricht diese Mitteilung des „Vorwärts“ glücklicherweise nicht der Tatsache. Zwar sieht sich unser Gewerbe-Stadtverordneter, wie im vorigen Jahre schon, so auch jetzt infolge seiner ergriffenen Gesundheitsmaßregeln mit dem Tischlermeister Handorf, den er recht gut kannte.

Der Herr Notar zu Hause? fragte ihn der Apotheker, als er zu ihm vorüber wollte.

„Gewiß, Herr Semmelin,“ sagte er, „ich will Sie gleich anschauen.“ Es dauerte auch nicht lange, so kam er zurück und sprach die Tat. „Nun, wollen Sie näher wissen?“

Der Notar nickte ihm in seiner Stube auf und ab; er blieb mitten in seinem Spaziergang stehen und sagte, als er den Apotheker erkannte: „Nun, wie geht's, Herr Nachbar?“

„Nun, Herr Nachbar,“ antwortete, „leichte der kleine Mann, manchmal besser, als wir's verdienen, hab' ich! Wie, alter Schwabe?“ Und dabei schüttelte er ihm die Hand, ließ sie aber nicht wieder los und sprach noch fort: „Aber ich komme heut in einer anderen Angelegenheit, und zwar hier mit dem Tischlermeister Handorf, einem ehrlichen, rechtlichen Bürger von Hildesheim, der aber meinetwegen Unglück in seiner Familie gehabt hat und Sie deshalb um Rat fragen wollte.“

„Nicht ganz, Herr Nachbar,“ sagte der Notar, indem er aber doch seine Hand wieder frei zu bekommen suchte, denn es war ihm ein unangenehmes Gefühl, daß sie der Apotheker so hielt.“

„Nun, Herr Nachbar,“ sprach Semmelin, aber doch etwas bedrückt, „Sie erlauben sich vielleicht auch, was wir uns nicht für ein Gespräch über den nämlichen Fall halten, und ich will ganz ganz eingestehen, daß ich damals meinetwegen unangenehm empfunden bin. Ich habe den jungen Handorf selber kennen gelernt und habe eine ganz andere Meinung von ihm bekommen; aber — so einfach die ganze Sache auch sein mag, so — so schwierig verwickelt ist sie geworden, so daß ich meinetwegen kein Detail nachhaken kann, und wenn ich mir auch selber etwas, Recht von Recht zu unterscheiden, so muß ich Ihnen doch gestehen, Herr Nachbar, daß ich hier meinetwegen gar nicht zu helfen weiß.“

helt auf einige Zeit nach dem Süden zu gehen, doch hofft er, daß er nach seiner Genesung wieder nach Berlin zurückkehren kann und daher hat er den Plan, sein Stadtverordneten-Mandat niederzulegen, nicht ausgeführt.

Ein polnisch-sozialdemokratischer Verein wurde in einer hier besuchten Volksversammlung in Kattowitz (Oberschl.) gegründet.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 16. Januar 1904.

12. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Nieberding.
Zunächst wird ein schleuniger Antrag Auer und Gen. (S.) wegen Einstellung eines gegen den Abgeordneten Goldstein (S.) wegen Beleidigung schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session ohne Debatte angenommen.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die folgende Interpellation Dr. Jänede, Dr. Böttcher (N.):

Aus welchen Gründen hat der Herr Reichskanzler es früher unterlassen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen gegen die bei Herstellung und Veröffentlichung einer periodischen Druckschrift beteiligten Personen der Zeugniszwang zur Ermittlung der für ihren Inhalt strafrechtlich verantwortlichen Personen ausgeschlossen wird?“

Staatssekretär Nieberding erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Dr. Jänede (N.): Unsere Interpellation bezweckt, daß die Regierung in der Frage der Abschaffung des Zeugniszwangs etwas mehr Dampf hinter die Sache setzt. Die Presse wird ja leider in den Kreisen der Behörden heute vielfach nur als ein notwendiges Uebel angesehen. Man braucht sie, will sie aber nicht kennen; Blamier mich nicht mein schönes Kind und grüß mich nicht unter den Linden. (Geisterzeit.) Die deutsche Presse leidet u. a. auch an der Abneigung der akademisch Gebildeten gegen die Mitarbeit an der Presse. Die Missachtung der Presse hat mit beigetragen zur Aufrechthaltung des Zeugniszwangs. Leider macht die Sozialdemokratie es den übrigen Parteien sehr schwer, gleichfalls für diese Forderung einzutreten. (Kamml. h. d. S.) Doch das darf uns bei unserem Vorgehen nicht hindern. 99 pzt. aller deutschen Zeitungen ohne Unterschied der Parteirichtung stehen in dieser Frage hinter uns. Im Interesse der Staatsraison sollte man jede Möglichkeit vermeiden, Märtyrer zu schaffen. Schon bei Beratung des Pressegesetzes Anfangs der siebziger Jahre ist man auf die Idee eingegangen, den Redakteuren und Zeitungsangestellten das Recht der Zeugnisverweigerung einzuräumen. Erst in der dritten Lesung fiel die betreffende Bestimmung. Auch der Juristentag 1875 hat sich für die Aufhebung des Zeugniszwangs ausgesprochen. In letzter Zeit nun sind einige besonders eklatante Fälle vorgekommen, in denen die durch § 69 St.-G.-D. angedrohten Strafen der Zeugnisverweigerung verhängt worden sind. Aus der großen Zahl nehme ich nur den des Redakteurs Gildebrand („Silber“), Salis (Hantower Zeitung) und den Fall der Leipz. Volkszeitg., in dem man dazu übergegangen ist, selbst die Zeitungswirten verantwortlich über den Verfasser eines Artikels zu vernehmen. Durch solche Vorfälle machen wir uns in gewisser Beziehung vor anderen Kulturländern lächerlich. Zum prozeualen und menschlichen Standpunkte muß die Abschaffung des Zeugniszwangs verlangt werden. Jeder einigermaßen gealterte Richter muß so denken und ich glaube, kein anständiger Leser würde ein Blatt in die Hand nehmen, dessen Redakteur eine ihm mitgeteilte Sache preisgegeben hat. Schon vor 30 Jahren hat Windhorst erklärt, daß Redakteur und Verleger nicht gezwungen werden dürfen, das was ihnen in ihrem engen Vertrauensverhältnis mitgeteilt ist, als Zeugen vorzulegen. Trotzdem stehen wir heute noch auf demselben Fleck wie vor 30 Jahren. Die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens ist geradezu geeignet, die Vertreter der Presse zu deklassieren. (Sehr richtig!) Es ist nicht Sache der Presse, ein begangenes Verbrechen zu verheimlichen oder einen Verleumdung zu schämen. Man kann sich auf die Loyalität der Presse verlassen. Der Abschaffung des Zeugniszwangsverfahrens steht nicht entgegen eine schärfere Bestrafung von persönlichen Beleidigungen durch die Presse. Durch Eingriffe in das Privatleben wird die Freude, im öffentlichen Leben parlamentarisch zu wirken, erheblich vermindert. Ich möchte besonders an die sozialdemokratische Presse den warnenden Appell richten, daß sie, besonders in ihren kleineren Organen, in der Behandlung persönlicher Dinge zurückhaltender sein möge. Ich bitte den Herrn Staatssekretär die Frage nicht vom juristischen Standpunkt aus

zu beantworten, sondern uns mitzuteilen, ob eine Änderung der Gesetzgebung in dieser Richtung zu erwarten ist. Wir wünschen diese Aenderung noch vor der allgemeinen Strafprozeßreform, die wohl noch etwas auf sich warten lassen möge. Heute herrscht von Seiten der Regierung eine gewisse Geheimnisträmerie gegenüber der Presse, durch die eine Hintertreppenreportage großzügig gezogen wird. Man sorge dafür, daß die Aufdeckung von Schäden nicht der sozialdemokratischen Presse überlassen bleibe, sondern daß auch bürgerliche Blätter sich daran beteiligen. Man hat eben in den höheren Regionen noch immer eine merkwürdige Scheu vor dem „geheimnisvollen Blatt“, das manchen Zeitungen auf den Redaktionsstisch fliegt. An Stelle solcher Anschauungen sollte man es lieber mit Friedrich dem Großen halten: „Gazetten sollen nicht gemietet werden.“ (Beifall h. d. Natl.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding: Der Reichskanzler könnte die Frage der Interpellation mit der Gegenfrage beantworten: Wie soll das Gesetz lauten, das Sie zu haben wünschen? Der Interpellant hat uns darüber im Unklaren gelassen. Aber ich konstatiere, daß der Reichskanzler zur Zeit einer Sitzung durch das hohe Haus nicht mehr bedarf. Er hat bereits die Initiative ergriffen, um die Frage einer legislativischen Regelung auszuführen. Die Veranlassung hierzu war, daß wir abermals an die Reform der Strafprozeßordnung herantreten. Sie wissen, daß eine Kommission sich bereits mit der Frage beschäftigt und ist auch in die Erörterung der Frage des Zeugniszwangs eingetreten. Sobald die Erörterungen beendet sein werden wird das Material veröffentlicht und dem Urteil dieses hohen Hauses übergeben werden. Diese Frage aber einer besonderen legislativischen Behandlung zu unterwerfen, kann ich den Herren, die an einer Lösung der Sache interessiert sind, nicht empfehlen. Sie können Vertrauen in den Reichskanzler setzen, der die Frage einer gezielten Lösung zuführen wird. Kommt doch neben der Strafprozeßordnung auch die Militärstrafprozeßordnung, sowie die Zivilprozeßordnung in Frage und auch die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Redakteure aus dem Pressegesetz müssen in Betracht gezogen werden. Die Prüfung der Angelegenheit wird unter voller Würdigung der geistigen Bedeutung der deutschen Presse vorgenommen werden. Der Interpellant meinte, man könne sich auf das lokale Verhalten der Presse in allen Verhältnissen verlassen; für lokale Elemente werden Strafgesetze nicht gemacht und illoyale Elemente gibt es in allen Berufsständen. Uebrigens liegt keine Veranlassung vor, eine sofortige gesetzliche Regelung der Frage zu verlangen. Es gibt Fragen, die dringlicher sind, z. B. die Frage der Unterjochung und des Eides. In der Frage des Zeugniszwangs hat eine bedauerliche Irrführung des Publikums stattgefunden. Wir haben die Zahl der Fälle festzustellen versucht, in denen seit 1879 vom Zeugniszwang den Redakteuren gegenüber Gebrauch gemacht wurde. Ich schäme mich, es zu sagen: in einem einzigen Falle wurde seit 1879 der Zeugniszwang gegen das Zeitungspersonal wegen des strafbaren Inhalts einer Einwendung in Anspruch genommen. In einem Falle weigerte sich der Redakteur, den Einsender einer Notiz über eine Brandstiftung zu nennen, obgleich nach Auffassung des Untersuchungsrichters dieser in irgend einer Verbindung mit der Brandstiftung stehen konnte. Nach dem Gesetz war der Redakteur verpflichtet, Zeugnis abzulegen. Es können aber auch strafbare Handlungen von Beamten in Betracht kommen, z. B. Treubruch, indem ein Beamter geheime Akten den Zeitungen zugänglich machte. Es kann sich da um die wichtigsten Interessen des Allgemeinrechts, um militärische und marinegeheimnisse handeln. Hier hat die Regierung ein berechtigtes Interesse zu erfahren, wer derjenige ist, der Staatsinteressen preisgibt. Man unterscheidet zwischen dem Disziplinarverfahren nach Reichs- und Landesrecht. Nach ersterem wurde seit 1879 kein Verfahren eingeleitet, nach Landesrecht dagegen 13, die sich der Einwirkung der Reichsverwaltung vollständig entziehen. Wenn die Dinge so liegen, wird man nicht behaupten können, daß die Haltung des Reichskanzlers dringliche Interessen der Presse verletzt. Der Reichstag verlangt seit 25 Jahren ganz allgemein die völlige Beseitigung der Zeugnispflicht für die Presse. Darauf sind die verbündeten Regierungen nicht eingegangen und werden auch in Zukunft nicht darauf eingehen. Dagegen läßt der Reichskanzler gegenwärtig Erhebungen darüber anstellen, ob sich nicht eine teilweise Befreiung der Presse, deren kulturelle Leistung er würdigt, vom Zeugniszwang ermöglichen läßt. Die Presse muß anerkennen, daß wichtige Staatsinteressen bei dieser Frage im Spiel sind. Bei ruhiger Ueberlegung könnte die Streitart begraben werden, die wegen dieser Frage so lange schon zwischen dem Reichstag und der Regierung geschwungen wird. (Fortsetzung im Hauptblatt.)

„Und wie sieht der Fall?“ sagte der Notar, der zur Sache zu kommen wünschte. „Können Sie ihn mir vielleicht mit kurzen Worten mitteilen?“ Denn die Rede bringt uns nicht einen Schritt näher.“

„Ja, denn wird es das Beste sein,“ sagte Herr Semmelin, „daß Herr Reichs Handorf den einfachen Tatbestand mitteilt.“

„Daraus möchte ich allerdings bitten.“

„Herr Notar,“ sagte da der Tischlermeister, der aber sehr blaß geworden war und die Worte nur mühsam aus der Kehle brachte, „es ist eine schwierige Sache für einen Mann, der sich sein ganzes Leben ehrlich und rechtschaffen und mit harter Arbeit durchgebracht hat, von der Schwärze seiner eigenen Familie zu reden; aber ich sehe wohl, daß es nicht anders möglich ist, und will auch das noch überwinden. Da Sie zur den Gefallen und hören Sie mich ruhig an; es soll außerdem nicht lange dauern, und wenn Sie überzeugt sind, daß ich so wahr und aufrichtig zu Ihnen rede, als ob ich vor meinem Gott als letztem Richter stünde.“

„Das wird das Ganze ansehnlich vereinfachen,“ sagte der Notar; „also bitte, kommen Sie ohne weiteres zur Sache.“

Der Tischlermeister erzählte jetzt, noch immer innerlich erregt, aber doch mit klaren Worten, wie sein Sohn Karl auf die Handstreichung gegangen und sich endlich nach Schließen gemacht habe. Er schüttelte ihm dabei als einen braven, guten Jungen, der schon als Kind wohl war und manchmal unangenehm gewesen sei, aber wie eine Biene gejagt und lieber die härteste Strafe erduldet habe. Dann kam er auf jenen unglücklichen Tag zu sprechen und berichtete nun getreu, wie ihm sein eigener Sohn den Tatbestand erzählt. Das Gericht prüfte die Verdachtsgründe gegen ihn zu stark und begründet, und nur seiner Jugend und früheren Tadellosigkeit habe er damals die eigentlich im Verhältnis zu dem Verbrechen äußerst milde Strafe zu verhängen.

Der Notar hatte ihm aufmerksam zugehört; er sah dem Mann nur mit in's Auge und sagte sich dabei überzeugt,

daß er die Wahrheit rede und selber von ihr durchdrungen sei. Als aber der Vater erschöpft schwieg, denn er hatte alles gesagt, was er wußte, nahm er nach einer längeren Pause, in der er still vor sich nieder gesehen, das Wort und sagte:

„Ich glaube, daß ich die Sache jetzt so ziemlich durchschaue; nur Eins habe ich noch nicht verstanden, und das ist: warum Sie meinen Rat verlangen. Ihr Sohn ist damals verurteilt worden und hat keine Strafe verbüßt; kein Gesetz oder Gericht der Welt könnte ihn zum zweiten mal zur Verantwortung ziehen. Die Sache ist also vollständig erledigt, und wenn ich nach dem Berichte Ihres Sohnes und nach dem, was Sie mir darüber sagen, auch selber an die Möglichkeit glaube, daß er vollständig unschuldig und nur nach einer Beweisführung unglücklicher Jاذnien verurteilt ist, was in der Welt liesse sich jetzt noch in der Sache thun?“

„Ja, Herr Notar,“ sagte der Tischlermeister, und sein Gesicht war fast noch blässer geworden, „Sie haben vielleicht Recht: aber was ich dabei leiden muß, können Sie nicht wissen, und Gott bewahre Sie davor! Der Junge ist zurückgekommen, gebrochen an Leib und Seele; er war ein braver Mensch und er ist es, wie ich zu Gott hoffe, geblieben. Seine Strafe hat er auch abgelesen und von der weltlichen Gerechtigkeit — wenn wir das Wort gebrauchen wollen — nichts mehr zu fürchten; aber glauben Sie, daß es damit abgemacht wäre? Hier in seinem Vaterland ist er gebrandmarkt auf Lebenszeit, ob er schuldig war oder nicht — er hat im Justizhaus gesessen. Die Gefellen wollen nicht mit ihm an einem Tische essen, drei davon sind mir schon ganz aus der Arbeit gegangen, und ich bekomme keine anderen dazu; wo sich der arme Mensch auf der Straße sehen läßt, laufen die Kinder hinter ihm drein und rufen ihm Spottnamen nach: Justizhändler und dergleichen; und als ich in unserer Janung nur die Andeutung machte, ihn heranzunehmen, wurde ich von allen Seiten angegriffen und meine Kollegen versicherten, daß sie dann förmlich auslachen würden.“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Meine Nachrichten. Auf den Rittergutsbesitzer Strzyblewski auf Dcieszyn (Posen) wurde Dienstag von seinem Kammerdiener, einem früheren Kellner, ein Mordversuch verübt. Während des Schlafes gab der Diener drei Revolverschüsse auf Strzyblewski ab und verletzte ihm Mund und Hinterkopf. Die Kugeln waren ausgehoben. Auf das Hilfesgeschrei eilten Leute herbei, die den Diener festnahmen; er wurde ins Gefängnis von Dobornitz eingeliefert. Der Besitzer hatte am Abend vorher eine größere Geldsumme von einem Viehhändler erhalten und unter dem Kopfkissen verborgen. — Während der Chemielehrer Neumann in der zweiten Klasse einer katholischen Gemeindeschule in Charlottenburg mit Elektrizität und Schwefelsäure experimentierte, sprang ein elektrischer Funke auf einen mit Schwefelsäure gefüllten Behälter hinüber, der sofort explodierte. Durch die umherspritzende feurige Flüssigkeit wurden außer dem Lehrer 15 Kinder im Gesicht und an den Händen verletzt, einige von ihnen trugen schwere Brandwunden davon. — Das Schwurgericht in Halle verurteilte den Wilderer Schollbach, der den Gemeindevorsteher in Bischofswitz erschossen hatte, zu 13 Jahren Zuchthaus.

28 000 Mark für eine Ohrfeige. Die Zahlung dieser Summe, die, wie i. H. von uns gemeldet, für das Dienstmädchen Müller gegen ihren früheren Dienstherrn, den

Schlachtermeister Ernst Hänel, eingeklagt war, weil die Ohrfeige, die er ihr versetzt, angeblich zu ihrem Irrsinn geführt habe, wurde nach der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ vom Landgericht I in Berlin abgewiesen, weil durch ärztliches Gutachten festgestellt wurde, daß die Geisteskrankheit des Dienstmädchens nicht eine Folge der Ohrfeige gewesen ist.

Die Erschießung des Grenadiers Schwarz. Vor dem Kriegsgesicht der II. Garde-Infanteriedivision in Spandau erschienen am Dienstag der Leutnant Herwarth von Bittenfeldt, der Sergeant Wohlschny und der Rekrut Eggemeier unter der Anklage der Nichtbefolgung von Dienstvorschriften, wodurch ein wesentlicher Nachteil verursacht wurde, bezw. der jahrlängigen Behandlung von Waffen. Der traurige Vorfall, der der Anklage zugrunde lag, spielte sich am 30. November v. J. auf den Schießständen in der Jungfernheide bei Haselhorst ab. Nach Beendigung des Schießens überreichte der Sergeant, der seinen Mantel ablegen wollte, dem Rekruten Eggemeier sein Gewehr, das noch zwei scharfe Patronen enthielt. Der Rekrut schlug nichtsahnend die offen gelassene Kammer zu, und hierbei ging ein Schuß los, der den unmittelbar vor ihm stehenden Grenadier Schwarz tötete. Der Leutnant wurde zu 3 Wochen Stubenarrest, der Sergeant zu 3 Monaten Gefängnis und der Rekrut zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt.

Der Kürassier und seine Köchin. Wegen einiger Maßlosigkeiten, die der Kürassier Otto Müller von dem Halberstädter Regiment in der Behandlung seines Vorgesetzten, des Majors von Horn, eingenommen hatte, stand der junge Mann vor dem Kriegsgesicht der 8. Division wegen „Hausfriedensbruchs“ unter Anklage. Die Köchin Minna Bertoch, die bei dem Major in Stellung war, hatte mit dem Kürassier ein Verhältnis. Dieser hatte sie zweimal in der Küche besucht und dort von dem Tische des Herrn etwas zu essen zugesteckt bekommen. Das eine Mal gelegentlich eines im Monat Juni v. J. stattgehabten Gesellschaftsabends war der Angeklagte in der Burtschenkubehausung gewesen und hatte dort nur Butterbrot gegessen und Bier mitgetrunken. Der Angeklagte hatte sich aber insofern nützlich gemacht, als er der Frau, die die Küche reinigte, bei dem Abtrocknen der Teller behilflich gewesen war. Die Köchin glaubte deshalb nichts Böses zu tun, wenn sie ihrem Geliebten, der gegneten Appetit hatte, ab und zu einmal ihr Abendbrot oder einige Broden von dem Tische des wohlhabenden Majors zusteckte. Einmal wurde aber das Pärchen von dem 12jährigen Sohn des Majors in der Küche überrascht. Die Köchin versuchte den Kürassier hinter einer Schürze zu verstecken, aber das etwas zu große „Korpus-Dehlti“ schaute hinter der Schürze hervor. Frau Major entrüstete sich, Köchin Minna mußte bald den Dienst quittieren und ihr Bräutigam erhielt wegen der Geschichte 13 Tage Gefängnis. Der Ankläger hatte 4 Wochen beantragt.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich
46 Marlesgrube 46

ein
Kolonial- u. Fettwaren-Geschäft
und empfehle mich dem geehrten Publikum bestens
Hochachtungsvoll

Ernst Koppelow.

Musverkauf

vor'm Mühlentor
bei Rud. Kracht, Robeb. Allee 40

von
zurückgesetzten Schuhwaren, Arbeiter-
Garderoben, Hosen, Zoppen, Herren- und
Knaben-Anzügen, Wollwaren u. vieles m.
— zu niedrigen Preisen. —

Das Sarg-Magazin
Friedenstraße 54

liefert
Särge in jeder Preislage
sowie jede Einlebung und Verkränze.

Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft,
Regienstraße 35.

Fahrräder.



Reparatur aller Systeme.
Dieselben werden auf das
Sauberste ausgearbeitet.
Sämtliche Ersatzteile stets auf Lager
— Eigene Emailtr.-Anstalt. —
K. Bentzen, Mechaniker, Finkenb. Allee 53.

Die Lübecker
Margarine-
Fabrik „Hansa“

J. Schröder & Co.
Rebenhoffstraße 7 Telephone Nr. 913
empfehlen stets frische
Margarine
welche in den meisten Geschäften
zu haben ist.

E. Boy
Teleph. 115,
Mauer 84, Beder-
gr. 3, Bahnh. 16.

Nur hiesige Büchlinge, prima Sprotten,
Fischfradellen, Geräucherten Lachs.

Prima dicke Flohmen

per Pfund 60 Pfg.
Schweinefleisch per Pfd. 50 Pfg.
Karbonade " 65 "
Geräuchertes Schweinefleisch " 40 "
Geräuchertes Schweinefleisch " 60 "
Geräucherte Karbonade " 70 "
Geschnittene Mettwurst " 60 "
Leberwurst u. ger. Leberwurst " 60 "
Preßwurst u. Braunschw. " 50 "
Frisches Kopffleisch " 30 "

Febr. 1891. **M. Lahrtz, Köttgerstr.**
Schweinefleisch pr. Pfd. 50 Pfg.
Kopffleisch " 60 "
Karbonade " 65 "
dicke Rippen z. Füllen " 65 "
frische Flohmen " 60 "
sowie alle anderen Fleischwaren billigst
W. Strohsfeldt,
Gledensackerstraße 78
Mühlentorstr. Nr. 14 und 15.

GROSSER Inventur-Ausverkauf

Alle zurückgesetzten
Herren- und Knaben-Garderoben,

solide und elegant gearbeitet, werden teils
für die Hälfte des Wertes und darunter verkauft.

Herren-Jackett-Anzüge sonst 20 bis 30 Mk. jetzt 8 bis 20 Mk.

Ein großer Posten besserer
Herren-Jackett-Anzüge, feinste Massarbeit auf Rosshaar,
sonst 30 bis 55 Mk., jetzt 22 bis 35 Mk.

Herren-Winter- u. Sommer-Paletots, sonst 14-45, jetzt 8-28 Mk.
Herren-Loden-Zoppen, sonst 12-22, jetzt 3-14 Mk.

Besonders aufmerksam machen wir auf alle zurückgebliebenen
Knaben-Winter-Paletots, nur bessere Sachen,
sonst 8 bis 30 Mk., jetzt nur 3 bis 18 Mk.

Ein großer Posten Knaben-Anzüge

Serie I, für das Alter von 2-6 Jahren Serie II, für das Alter von 7-10 Jahren Serie III, für das Alter von 11-14 Jahren
jetzt von 1 Mk. an. jetzt von 2.40 Mk. an. jetzt von 3.50 Mk. an.

Bei Serie I. Sachen bis 20 Mk. für 5 bis 8 Mk.

Gummi-Regenröcke und Wagenröcke . . jetzt von 12 Mk. an.

Spille & v. Lüfmann

Lübeck, Sandstrasse 17.

Größtes Spezial-Haus in Herren- und Knaben-Garderoben, fertig und nach Maß.

Zur schwarzen Dohle.
Hundestrasse 41.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag:

Großes Bockbierfest
verbunden mit
Groß. Tanzkränzchen.

Sonntag Anfang 5 Uhr.
Tanz frei. Seidel 15 Pfg.
Hans Brasch.

Louisenlust.

Morgen Sonntag:
Freie Tanz-Musik.
W. Gloe.

Anstich von
ff. Altien-Bock.
Seidel 15 Pfg.

Waisen-Hof.

Morgen Sonntag:
— Tanz. —

Colosseum.

Morgen Sonntag den 17. Jan.:
Gr. Extra-Ball.

Um 9 1/2 Uhr:
Grosse Ueberraschungspolonäse.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt für Herren 30 Pfg., Damen 15 Pfg.
W. Dassler.

NB. Sonntag den 7. Februar:
I. Volksmaskerade

Partout-Karten sind heute abend zu haben.
Concerthaus Flora

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Max Siemas.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Heute Sonntag:
Tanz-Kränzchen.

Wakenitz-Bellevue.

Jeden Sonntag:
Tanz-Kränzchen.
Anfang 5 Uhr. Tanz frei.
H. Fürbörster.

Konzerthaus Lübeck.

Sonntag d. 17. d. Mis.
Großes Konzert
Auf 5, Ende 12 Uhr. Eintritt 30 Pfg.
H. Böttger.

Neuer Frauen-Verein.

Volksunterhaltungsabend
i. Konzerthaus Fünfhausen (unter).
Sonntag den 17. Januar 1891.
Chorgesang 6-7 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Inventur-Ausverkauf

zurückgesetzter Waren teils zu halben Preisen und darunter.

Ein Posten **4fach lein. Herren-Kragen** 3 Stück **75 Pf.**
 Ein Posten **4fach Herren-Manschetten** 2 Paar **75 Pf.**
 Ein Posten **Serviteurs** durchschnittlich **48 Pf.**
 Ein Posten **Serviteurs, gestickt** durchschnittlich **82 Pf.**

Ein Posten **wollene Herren-Socken** **24 Pf.**
 Ein Posten **Herren-Socken, Patentschaft** **50 Pf.**
 Ein Posten **schw. woll. Damen-Strümpfe** **68 Pf.**
 Ein Posten **schw. woll. Kinder-Strümpfe** **42 Pf.**

Damen-Flanell-Beinkleider
 langweittirt
60 Pf.

Ein großer Partie-Posten **reinlein. Taschentücher**
enorm billig 1/2 Dbd. nur **2.20 M.**

feinste Qualitäten,
 mit feinen
 Webefehlern

Damen-Flanell-Röcke
 mit Bolant
80 Pf.

Ein grosser Posten Herren- und Damen-Leibwäsche

Damenhemden **60 Pf.** Damen-Beinkleider **40 Pf.** Herrenhemden **90 Pf.**

Ein grosser Posten Damen- und Kinder-Schürzen

Tändelschürzen **15 Pf.** Wirtschaftsschürzen **75 Pf.** Kinder-Hänger **25 Pf.**

Ein grosser Posten Normal-Unterzeuge

Damenjacken **30 Pf.** Herrenhemden **1.30 Pf.** Herrenbeinkleider **50 Pf.**

Ferner sind heute neu ausgelegt:

Ein grosser Posten einzelne Paare Herren-, Damen- u. besonders Knaben-, Mädchen- u. Kinderstiefel zu teils halben Preisen.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Vereinshaus.

Morgen Sonntag
Unterhaltungs-Musik
 in den Gaststuben.

Das nächste Abonnements-Konzert mit nachfolgendem Ball findet am Dienstag den 26. Januar statt.

NB. Die geehrten Gewerkschaften und Vereine werden freundlichst ersucht, ihre Festlichkeiten, die in dem Zeitraum vom 1. Mai 1904 bis 1. Mai 1905 im „Vereinshaus“ stattfinden sollen, vom 1. Februar d. J. ab bezüglich anzudeuten zu wollen.

Restaurant

„Zum Großherzog von Mecklenburg.“

Sonntags und Sonntag:
Musikalische Abendunterhaltung
 Chr. Wien.

Restaurant Nadelnagel.
 Genierstrasse 30.

Morgen Sonntag:

Gr. KONZERT

mit **Bockbierfest**

Aug. Becknagel.

Turnverein Steftsdorf u. Umg.

Einladung zum

BALLO

mit tänzerischen Auführungen
 am Sonntag den 17. Januar
 in Saal des Hrn. Pachten, Finkenb. Weg 6 Nr.
 Eintritt 50 Pf.
 Der Vorstand.



Gesangverein Eintracht.

Grosser Walzer-Abend

am Sonntag den 17. Januar 1904
 im Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50-52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Der Vorstand.

NB. Am Sonntag den 14. Februar:

Grosser Masken-Ball

in sämtl. Räumen des Vereinshauses, Johannisstrasse 50/52.

Central-Hallen.

Dankwartsgrube 20-22.

Jeden Sonntag von 4 bis 2 Uhr:

Großer Tanz in beiden Sälen

W. Borgwardt.

Friedrich-Franz-Halle.

Heute Sonntag: Familien-Kränzchen.

Gustav Glöde.

Germania-Bierhalle

Krähenstr. 29.

Jeden Samstag und Sonntag:
Unterhaltungs-Musik.

Ausschank von K. Germania-Bier.

Fritz Kröger.

Norddeutsche Bierhalle

Johannisstrasse 5.

Am Sonntag den 17. Januar:

Humoristisches

Konzert.

Ausschank von F. Adler-Bier.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
 Franz Schultz.

Ball der Seelente

zum Besten der

Seefahrer-Krankenkasse

am Dienstag den 19. Januar d. J. 8. im Konzerthaus Fünfhausen.

Anfang 8 Uhr abends. Ende 4 Uhr.

Entree 1 Mark.

Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

Masken-Ball

am 15. Februar 1904

(Fastnachtmontag)

im „Colossum“.

Klub Fidelitas.

Maskenball

am Sonntag den 31. Januar 1904

in sämtlichen Räumen des Wilhelmtheaters.
 Lokalöffnung 5 Uhr, Anfang 6 Uhr, Ende 4 Uhr
 morgens. Von 6-8 Uhr Tanz für die Zuschauer;
 von 7-8 Uhr Versammlung der Masken.

Präzise 8 Uhr Maskenzug.
 NB.: Schulpflichtigen Kindern und fremden
 Pierrots ist der Zutritt nicht gestattet.

Karten sind im Vorverkauf bei Herren Nagel,
 Am Markt 14, E. Schneider, Kupfer-
 schmiedestraße 19, G. Radolf, Kupfer-
 schmiedestraße 3, E. Radtke, Wäldenstraße, sowie bei
 sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Karten
 für Mitglieds-Echter und -Söhne sind nur beim
 Kassensührer R. Allner, Engelswisch 38/8, zu
 haben. Der Vorstand.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Stage.

Diese Woche angelegt:
 Eine Wanderung durch

Venedig.

Jeden Tag von 10-10 Uhr geöffnet